

APRIL/MAI 2007

# blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

60. (75.) JAHRGANG

STANDPUNKT

**Wissenschaftlich  
seriös ist das nicht**

TITEL

**Überwindung von  
Schuldistanz**

SCHULE

**120 Tage  
Jürgen Zöllner**

HOCHSCHULE

**Promotion mit  
Gütesiegel**

TENDENZEN

**Kampf gegen die  
Kinderarbeit**

GLOSSE

**Frischer Wind an  
der Schule**




 FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER/  
THEISSEN

## ÜBRIGENS

**G**enauso wie im letzten Jahr, gibt es auch 2007 am 1. Mai eine große Demonstration und ein Maifest. Leider lag uns der Aufruf des DGB noch nicht vor. Aber auf den Internetseiten der GEW BERLIN und des DGB werden rechtzeitig die Treffpunkte und das Programm bekannt gegeben. Also: Heraus zum Internationalen Tag der Arbeit!

**E**igentlich sollte Bildungssektor Jürgen Zöllner einige Grußworte an die Aktivisten der Aktion „Schule für morgen – mit den Lehrkräften von gestern?“ richten. Leider hat der Senator auf diese Bitte der GEW BERLIN nicht reagiert und blieb der Aktion fern. Kurzbericht auf Seite 5.

**W**ir erinnern an die geplanten Themen der nächsten beiden Hefte: Das Thema „Armut und Schule“ ist für die Juni-Ausgabe vorgesehen, das Thema „Zentralabitur“ für das Doppelheft Juli-August. Artikel bitte rechtzeitig zum Redaktionsschluss zusenden: siehe unten.

*klaus*

Redaktionsschluss: blz 7-8/2007: 1.6.

Redaktionsschluss: blz 6/2007: 27.4.

## IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

### Redaktion:

Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Andreas Schmidt, Folker Schmidt.  
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin,  
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

### Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion  
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

### Satz, Layout und Konzept:

bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler  
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,  
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

### Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin  
ISSN 0944-3207 2/2007: 22.000

## INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

## TITEL

6 Überwindung von Schuldistanz Gerhard Neumann  
9 Zuhause macht er das nie Thomas Haudel

## SCHULE

10 Der Lack ist ab Rose-Marie Seggelke  
11 Alles eine Frage der Einstellung Sigrid Baumgardt  
12 Das fängt ja gut an Gerhard Weil  
14 Dezentrale Lehrerfortbildung Sigrid Baumgardt  
15 Schafft den Deutschunterricht ab! Gerhard Weil

## RECHT & TARIF

16 Kurzmeldungen N.N.

## HOCHSCHULE

18 Frauen in der Wissenschaft Heidi Degethoff de Campos  
19 Promovieren mit Gütesiegel Jana Günther

## KITA & HORT

20 Geschlechterreflektiertes Arbeiten Jens Krabel

## GEWERKSCHAFT

22 „Nicht am Kapitalismus verbeißen“ Dieter Pienkny  
23 Kostenlose Voraufführung GEW Kultur

## GLOSSE

24 Frischer Wind Gabriele Frydrych

## TENDENZEN

26 Der Zukunft beraubt Nancy Knickerbocker  
28 No-Go-Areas für deutsche Jugendliche Ine Kayser  
29 Traumberuf Ingenieurin Almut Borggrefe

## BÜCHER

30 Aus dem Steinbruch von Neukölln Gabriele Frydrych  
30 Privatisierungsreport N.N.

## SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien



## LEUTE

**Erdmute Safranski**, Neuköllner Personalratsaktivistin und langjährige Pressesprecherin der GEW BERLIN, verlässt den Schuldienst, will aber noch Kontakt zur Schule halten. Trotzdem findet sie sicher mehr Zeit für ausgedehnte Fahrradreisen ins deutsche und europäische Umland. Wir wünschen immer genug Luft auf den Reifen und eine funktionierende Klingel. Aber bitte vorher noch die großen Zeitungsstapel wegräumen, die signalisieren: Hier wohnt eine PW-Lehrkraft!

**Detlef Mücke**, als Vorsitzender mit Erdmute ebenfalls seit Jahren im Neuköllner Personalrat tätig, folgt ihr einen Monat später. Da werden einige in der bezirklichen Schulaufsicht aufatmen. Nebenbei war Detlef auch noch Leiter der Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN und Gründer der AG homosexuelle Lehrer. Wie man hört, will Detlef jetzt rund um die Welt reisen. Wir freuen uns schon auf seine Korrespondentenberichte.

**Doro Zinke** vom DGB Berlin-Brandenburg hat in ihrer Presseerklärung zum Internationalen Frauentag am 8. März ausdrücklich der Tagesschau-Sprecherin und Buchautorin Eva Hermann ihren Dank ausgesprochen. Hermann habe mit ihren ins 19. Jahrhundert weisenden Thesen der frauenpolitischen Debatte neue Impulse gegeben. Ernst nehmen könne sie eigentlich niemand, denn „erfahrene Frauen wissen: Sie müssen selbst für ihre Rechte kämpfen, Männer geben freiwillig nichts ab“, betonte Zinke.

**André Schindler** wird mit der von ihm gegründeten „Elternpartei“ nicht glücklich. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hatte sie nur wenig Erfolg. Und jetzt wurde Schindler gar wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus dem Landesverband Berlin ausgeschlossen, obwohl er Bundesvorsitzender der Partei ist. Schindler ist außerdem Vorsitzender des Berliner Landeselternausschusses.

**Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung, hat die Schirmherrschaft des neu ausgelobten Deutschen Lehrerpreises PISAGORAS übernommen. SchülerInnen können bis zum 4. Mai über die Internetplattform [www.deutscher-lehrerpreis.org](http://www.deutscher-lehrerpreis.org) ihren Lieblingslehrer vorschlagen. Eine Jury wählt dann aus den Einsendungen die Preisträger aus. ■



FOTO: TRANST/C.VOELTZ

# Wissenschaftlich seriös ist das nicht

„Aktionsrat Bildung“ vertritt die Lobbyinteressen.

von Ulrich Thöne, Bundesvorsitzender der GEW

Ein vermeintlicher Weisenrat der Bildungsforschung – angeführt vom Berliner FU-Präsidenten Dieter Lenzen – gibt der deutschen Bildungspolitik mit großer Geste Hausaufgaben auf. Finanziert werden die Sachverständigen von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Es überrascht daher nicht, dass das Papier vor allem dem Mantra der radikalen Marktgläubigen huldigt: Mehr Privatisierung, mehr Wettbewerb und der Abbau von Arbeitnehmerrechten. Frech wird mit der Attitüde der Wissenschaftlichkeit behauptet, dass nur das die Bildungsqualität in Kindergärten und Klassenzimmern verbessern wird.

Beispiel Privatisierung: Schulen sollen zwar öffentlich finanziert, aber von privaten Trägern betrieben werden, lautet die Forderung der Weisen. Was dadurch besser werden soll, bleibt Lenzens Geheimnis. Es gibt nicht eine seriöse Studie, die die Überlegenheit privater Schulen nachweist. Dass staatliche Schulen hervorragende Leistungen erbringen können, zeigt nicht zuletzt der Deutsche Schulpreis der Robert-Bosch-Stiftung. Nur staatliche Schulen befanden sich unter den fünf Preisträgern; alleamt übrigens integrierte Schulen.

Beispiel Arbeitsbedingungen: Geht es nach dem Aktionsrat, sollen Lehrer künftig nur noch Fristverträge erhalten und können ihre „Lehrlizenz“ nur verlängern, wenn sie an Weiterbildung teilnehmen. Der Bildungsforscher Klaus Klemm kommentierte die Pläne des Aktionsrates süssfisant: Es sei nicht erwiesen, dass befristete Verträge für Lehrer den Unterricht besser machen.

Es gibt aber auch Gutes zu sagen. Der „Aktionsrat Bildung“ schließt sich einigen sinnvollen und dringenden Vorschlägen an: Die Kita-Gebühren müssen weg und Erzieherinnen sollen an Hochschulen ausgebildet werden. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Krippenplätze und mehr Ganztagschulen. An unseren Schulen muss länger

gemeinsam gelernt werden. Nicht schon nach vier Schuljahren soll die Auslese der Schüler beginnen, sondern „frühestens nach sechs Jahren“. Aber warum an dieser Stelle das Nachdenken aufhört, bleibt unverständlich.

Der „Aktionsrat“ fordert ein zweigliedriges Schulstruktursystem. Mit ihm soll die privilegierte Position des deutschen Gymnasiums gerettet werden. Die Autoren ignorieren, dass das hochgelobte deutsche Gymnasium gar nicht so gut ist, wie von Lenzen behauptet wird. Ein Beispiel: An den finnischen Gesamtschulen erreichten deutlich mehr Schüler im Alter von 15 Jahren die höchste Kompetenzstufe im Lesen als an den deutschen Gymnasien. Lenzen unterschlägt geflissentlich gravierende Mängel des gegliederten Systems und diffamiert hingegen Gesamtschulen mit dem konservativen Kampfbegriff „Einheitsschule“. Wissenschaftlich seriös ist das nicht.

Wahrlich ärgerlich ist jedoch, dass sich der Aktionsrat einen basisdemokratischen Anstrich geben will. „Governance Watch“, nennt der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Randolph Rodenstock, das Konzept. Hier wird behauptet, ein unabhängiges Expertengremium kontrolliere die Regierung und berate die Politik. Dabei vertritt lediglich ein von der Wirtschaft bezahlter Sachverständigenrat recht ungeniert die Lobbyinteressen der Wirtschaft. Dies haben die Arbeitgeber schon mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erfolgreich praktiziert. Hier müssen die Gewerkschaften gegensteuern. Wir brauchen eine Organisation nach dem Vorbild von „Transparency International“, die mehr Offenheit und Verbindlichkeit in der Bildungspolitik einfordert – und das nicht nur von der bayerischen Wirtschaft, sondern auch von den deutschen Kultusministern, die ihre Kompromisse hinter verschlossenen Türen aushandeln. ■



Aktion der GEW BERLIN für bessere Einstellungsbedingungen: Unter dem Motto „Schule für morgen – mit den Lehrkräften von gestern?“ demonstrierten am 28. Februar 150 junge und ältere LehrerInnen vor dem Sitz der Senatsbildungsverwaltung: Gegen Befristung der Arbeitsverträge. Für mehr Neueinstellungen, unbefristet und auf tarifvertraglicher Grundlage. Satirisch auf die Schippe genommen wurde der Aufruf des Bildungsensors, die KollegInnen im Ruhestand sollten sich wieder für den Einsatz in der Berliner Schule melden. FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT-BERLIN

### Rauchfreies GEW-Haus nun auch in Berlin

Seit Februar darf im GEW-Haus kein Glimmstängel mehr angezündet werden. Diese Regelung gilt sowohl für die Beschäftigten als auch für die Besucher der Geschäftsstelle. Alle Süchtigen müssen künftig an die frische Luft, um sich zu dopen. Das Gerücht, der GLV erwäge, den Mitgliederbeitrag bei rauchenden Mitgliedern zu erhöhen, wurde vom Pressesprecher allerdings zurückgewiesen: „Das ist üble Nachrede! Dahinter steckt vermutlich die Zigarettenindustrie. Aber die GEW lässt sich auch von den großen Konzernen nicht klein kriegen.“ Er betonte: „Niemand hat die Absicht, den Mitgliedsbeitrag für Raucher zu erhöhen.“

### Arbeitslehre/Berufsorientierung an Gesamtschulen abgeschafft

Ohne Vorankündigung wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2007 mit den Änderungen der SEK I-Ordnung an den Gesamtschulen der berufsorientierende Unterricht, integraler Bestandteil der Arbeitslehre, ersatzlos abgeschafft. Damit leistet die Senatsbildungsverwaltung endgültig den Offenbarungseid. Berufsorientierung und Berufsvorbereitung erscheinen angesichts der geringen Chancen für eine Berufsausbildung der Gesamt-

schülerInnen entbehrlich. Da investiert die Senatsbildungsverwaltung lieber in ein Unterrichtsfach Ethik. So lernen die jungen Menschen an den Gesamtschulen wenigstens seelischen Halt und moralische Festigung, wenn sie schon keinen Ausbildungsplatz bekommen.

### Wieder freier Eintritt für Hortgruppen

Ab dem 1. August 2007 erhalten Hortgruppen wieder freien Eintritt in die öffentlichen Schwimmbäder Berlins. Damit hat es fast ein Jahr gedauert, bis der „aus Versehen“ gestrichene freie Eintritt für Hortkinder wieder gilt. Peinlich, dass sich die SPD-Fraktion in ihrer Presseerklärung zur Wiederherstellung des freien Eintritts nicht für die Streichung entschuldigt, sondern die Wiederherstellung des alten Standes als Heldentat verkauft.

### Privatschul-Aktiengesellschaft im Wedding

Mit der Phorms-Schule in Berlin-Wedding gibt es in Berlin erstmals eine Privatschule, die als Aktiengesellschaft betrieben wird. Das Ziel der AG ist der Aufbau einer deutschen Schulketten – und die Aktionäre wollen natürlich auch Geld sehen. „Die Eltern werden

sich immer für die Schule entscheiden, an der ihre Kinder am besten performen“, meint der Gründer der Schule, Alexander Olek, laut Spiegel. „Wir wollen unsere Begeisterung als Spirit an die Schulen bringen“, zitiert der Spiegel ergänzend die Vorstandsvorsitzende der Phorms-AG. Anscheinend wird an der Schule auch Denglisch geteacht.

### Stiftung baut ihr Stipendienprogramm aus

Die gemeinnützige Stiftung des DGB, die Hans-Böckler-Stiftung (HBS), will ihre Förderung ausbauen und 500 Stipendien mehr fördern als bisher. Die „Böckler-Aktion Bildung“ richtet sich an begabte junge Menschen aus Familien, die sich ein Studium ihrer Kinder nicht leisten können. Durch ein Stipendium sollen sie ermutigt werden, an eine Universität oder Fachhochschule zu gehen, statt eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Damit reagiert die Stiftung auf die abnehmende Zahl Studierender aus ärmeren Familien: Stammen Anfang der 80er Jahre 43 Prozent der Studierenden aus der Ober- oder oberen Mittelschicht, waren es 2003 bereits 61 Prozent. Pro Monat erhalten Stipendiaten der HBS bis 605 Euro. Informationen unter [www.boeckler.de/stipendium](http://www.boeckler.de/stipendium)

### Privatschulen auf dem Vormarsch?

Seit Erhebung der Pisastudie sei die Zahl der Schüler an Privatschulen um rund 15 Prozent gestiegen, teilte das Institut der deutschen Wirtschaft auf einer Pressekonferenz Anfang März mit. Trotzdem liege Deutschland mit einem Anteil von 6,7 Prozent Privatschulen noch weit unter dem OECD-Durchschnitt von 15,1 Prozent. Das Institut beklagte, dass Privatschulen in Deutschland benachteiligt würden, obwohl sie billiger und besser seien. Ob die Privatschulen bei den Kosten pro Schüler auch noch günstiger dastünden, wenn sie keinen ausgewählten Schülerkreis unterrichteten, ist dagegen fraglich. Auf Privatschulen gehen laut *tageszeitung* zwar 179.000 Gymnasiasten, aber nur 25.000 Hauptschüler. „Man kann nur Vergleichbares mit Vergleichbarem vergleichen“, wird Ernst Rösner vom Deutschen Institut für Schulentwicklungsforschung in dem Bericht der Zeitung zitiert. Der Nachweis, dass an Privatschulen bessere Leistungen erzielt werden, müsse erst noch erbracht werden. Finnland als Pisa-Spitzenreiter habe gar keine Privatschulen, sagte Rösner weiter. ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbands-offiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

### Interview mit H.-G. Prause März-blz 2007

Auf diesem Weg einen herzlichen Dank für das Interview mit H.-G. Prause. Er hat mich während meines Referendariats an der Fichtenberg-Oberschule betreut und seinen Beitrag dafür geleistet, dass diese Zeit NICHT zu der schlimmsten in meinem Lehrerleben wurde. Im Gegenteil. Und seit ich an meiner jetzigen Schule den Vorsitz im Lehrerrat übernommen habe, weiß ich, wie sehr uns Leute vom Schlage H.-G. Prause in Leitungspositionen fehlen. Dank und Wünsche an euch, Dank und Wünsche an Prause!  
*Wilhelm Budka*

### Interview mit H.-G. Prause März-blz 2007

Hans-Gerd Prause äußert sich kritisch zur Bildungspolitik nach PISA – freilich mit einer Begründung, von der ich glaube, dass sie Ausgangspunkt einer Diskussion über das Selbstverständnis von Schule sein sollte. Prause behauptet, seit PISA gehe es nicht mehr nur um Vermittlung von „Kenntnissen und Fertigkeiten“, sondern zusätzlich (!) von „Kompetenzen“, und dies könne Schule nicht leisten. Abgesehen davon, dass unverständlich bleibt, worin der Unterschied zwischen Fähigkeiten und Kompetenzen liegen soll, grenzt Prause in nicht nachvollziehbarer Weise Unterricht gegen den „Bereich Erziehung“ ab und unterstellt, Kompetenz solle „Klieme und anderen“ zufolge behavioristisch vermittelt werden, was aber nicht möglich sei.

Hier werden also so wichtige Fragen wie die nach dem Selbstverständnis und dem Leistungsvermögen von Schule thematisiert, dies aber so verknüpft, dass die LeserIn der Argumentation des Kollegen nicht folgen kann. Dadurch ist es nicht möglich, wie sonst einfach einen „richtigstellenden“ Leserbrief schreiben, sondern die blz müsste zunächst dem Kollegen Prause Gelegenheit geben, seine Einlassungen zu erläutern. Ich bin gern bereit, über das hier Geschriebene hinaus einen Beitrag zur Strukturierung dieses blz-Diskurses zu leisten.

*Bernd Schwiedrzik, vormals Lehrer in allgemeinbildenden Fächern an berufsbildenden Schulen und Mitarbeiter am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)*

### „Konservative Modernisierung“ von Thomas Isensee, März-blz 2007

Wir brauchen in Berlin keine Gespensterdebatte, sondern eine gemeinsame große Anstrengung, um Schulqualität und Schulstruktur in der Sekundarstufe I voranzubringen. Wir brauchen dazu auch die vielfältigen Lebenserfahrungen von Thomas Isensee als langjähriger engagierter Gesamtschullehrer und Referat-B-Leiter der GEW BERLIN, weniger seine bissigen und zum Teil unakzeptablen (gegenüber ihm unliebsamen Wissenschaftlern) Bemerkungen als Bildungsexperte.

Das brennendste Problem der Sekundarstufe I in Berlin ist die Situation der Hauptschule. Dies in den Mittelpunkt zu rücken, heißt nicht, die „als gefährlich empfundene Schülerklientel kostengünstiger integrieren oder ruhig stellen (zu wollen), ohne das Gymnasium in Mitleidenschaft zu ziehen“, wie Thomas Isensee unterstellt, sondern die Gerechtigkeitsfrage nicht nur in Sonntagsreden zu thematisieren. Wer die Hauptschulen auf den Zeitpunkt vertrösten will, an dem sich alles ändern und die Gemeinschaftsschule für alle umgesetzt wird, läuft Gefahr, dass alles beim Alten bleibt.

Allein auf die Schulstruktur, auch eine eingliedrige, zu setzen, reicht nicht. Es geht zugleich um eine Verbesserung der Schulqualität, deren Erfolgsmaßstab der Umgang mit der Heterogenität der Schülerschaft ist. Die Schülerschaft der SEK I in den Berliner Gesamtschulen ist heute in vergleichbarer Weise heterogen wie sie es bei einer neuen Oberschule (Sekundarschule) in Berlin sein würde, die SchülerInnen aus den Haupt-, Real- und Gesamtschulen (ohne Oberstufe) umfasst. Für Gesamtschulen ohne Oberstufen tritt Thomas Isensee auch ein, die neue Oberschule lehnt er ab, obwohl sie ausdrücklich im Zusammenhang mit pädagogischen Qualitäten konzipiert ist, wie sie auch von einer Gemeinschaftsschule erwartet werden. Das verstehe ich nicht.

Die gemeinsame große Anstrengung, um Schulqualität und Schulstruktur in der Sekundarstufe I voranzubringen, braucht nicht nur die Parteien, sie braucht auch die Gesellschaft, die Akteure in den Schulen und die GEW. Marianne Demmer hat mit ihrem bemerkenswerten Artikel in E&W 09/2006 innerhalb der GEW die Diskussion darüber angestoßen, wie in absehbarer Zeit ein struktureller Fortschritt in der Sekundarstufe I möglich werden kann. Lothar Sack (blz 1/2007) und jetzt Thomas Isensee haben aus ihrer Sicht die

Debatte aufgegriffen. Trotz aller Polemik ist das ein Fortschritt und wir sind gerne bereit, uns an der Debatte zu beteiligen.

*Dirk Jordan, Sprecher des Bildungsbereichs von Bündnis 90/Die Grünen Berlin*

### Zwei Sprachen füllen den Raum März-blz 2007

Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel über das Projekt des Kiezfonds im Norden Schönebergs gelesen. Ich hatte bereits Informationen zum Projekt über die regelmäßig erscheinenden „Bezirkszeitungen“. Uns, den MitarbeiterInnen der evangelischen Kindertageseinrichtung Paul und Anna in der Goßlerstraße am Friedrich-Wilhelm-Platz, ist der Vorteil der Gebärdensprache auch für hörende Kinder/Menschen bekannt. Wir praktizieren bereits seit vielen Jahren in unserer Kita die bilinguale Erziehung aller Kinder, der hörenden und gehörlosen bzw. schwerhörigen Kinder. Wir, das heißt alle MitarbeiterInnen der Kita, gebärden im Alltag zusätzlich zu unserer Lautsprache, damit eben die Kommunikation aller Kinder und Erwachsenen gewährleistet und unterstützt wird. Weiterhin bilden wir auch gehörlose Praktikantinnen aus. Seit eineinhalb Jahren ist eine gehörlose Frau in einer Fördermaßnahme tätig. Alle MitarbeiterInnen nehmen mindestens einmal jährlich an einer Fortbildung zum Thema Gebärdensprache teil. Für interessierte Eltern haben wir auch Elternabende zum Thema veranstaltet.

*Monika Hartrampf, Kitaleiterin*

### ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE FORDERN TARIFVERTRAG

Ende Februar 2007 fand eine gut besuchte Versammlung der angestellten LehrerInnen statt. In einer Resolution forderten sie

1. Lehrkräfte werden spätestens zum 31.12.2007 in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) übergeleitet.
2. Für den Zeitraum 2006 und 2007 werden die im Überleitungstarifvertrag (TVÜ-Länder) enthaltenen Einmalzahlungen im Jahr 2007 ausgezahlt.
3. Für den Zeitraum Januar 2003 bis Dezember 2007 und darüber hinaus werden je Schuljahr 5 Tage auf ein Langzeitarbeitszeitkonto gutgeschrieben, das ab dem 60. Lebensjahr in Form von Ermäßigungsstunden ausgeglichen wird.



# Überwindung von Schuldistanz

Wo ist der richtige Schulplatz für dich? Welche Hilfen sind nötig, um dort wieder erfolgreich zu lernen?

von Gerhard Neumann, Beratungslehrer



FOTO: PRIVAT

Seit Januar 2005 arbeite ich im Auftrag der Reickendorfer Schulaufsicht mit einer halben Stelle als Beratungslehrer im Bereich „Schuldistanz“. Zunächst überwiegend für Hauptschulen, seit August 2006 (Beginn ESF-Programm: Sozialarbeiter für die Hauptschulen) vor allem für eine Gesamtschule im Märkischen Viertel. Im Rahmen dieser Tätigkeit bin ich angesprochen worden, für rund 200 Jugendliche tätig zu werden, bei denen der Schulbesuch Fehlzeiten bis zu 18 Monaten aufweist. Die Spannbreite der Tätigkeit reicht vom Weitergeben einer einfachen Information über einen passenden Ansprechpartner bis zur Fallbegleitung von einem Jahr Dauer und mit bis zu zwanzig beteiligten Personen in sechs verschiedenen Institutionen – hier wird das Fallmanagement vorrangig. Es sind Eltern, Lehrer, Schulleitungen, die Schulaufsicht, KollegInnen der Jugendhilfe (Sozialpädagogischer Dienst, Erziehungs- und Familienberatung, Jugendhilfeträger, Therapeuten, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshelfer), des KJPD (Kinder und Jugendpsychiatrischer Dienst) oder auch der Polizei (Präventions- oder Jugendbeauftragte), die sich nach teilweise sehr langen Bemühungen an mich wenden. In Situationen, in denen

„nichts mehr geht“, weder ein Schulbesuch der Jugendlichen noch eine Zusammenarbeit der beteiligten Helfersysteme.

Es gelang in den allermeisten Fällen, nicht nur wieder Bewegung in die starre und hoffnungslose Situation zu bringen, sondern auch einen Schulbesuch wieder möglich zu machen. Sei es in staatlichen Schulen (Regelschulen oder auch in Schulprojekten wie „Produktives Lernen“ oder „Stadtals-Schule“) oder in Schulprojekten, die von Jugendhilfeträgern betrieben und über das KJHG finanziert werden. Eine Reintegration in die Regelklassen war nur in weniger als einem Drittel der Fälle möglich. Der Hauptgrund dafür ist wohl, dass nach wochenlangen Fehlzeiten die Distanz zur alten Klasse und auch zu den LehrerInnen zu groß und das Vertrauen in einen Neuanfang am „alten Platz“ zu gering war. Nicht selten gab es einen Bruch im Vertrauen, der nicht mehr zu überwinden war. Die Bereitschaft der Schüler (zu etwa zwei Drittel männlich) und auch der Eltern für einen Neuanfang war größer, wenn dieser auch an einem neuen Platz erfolgen konnte.

All diese Erfolge, die Mut machen im großen Feld von Schulverweigerung und Schuldistanz, sind nur

möglich durch eine Netzwerk­tätigkeit, durch abgestimmtes Handeln von Schule in Kooperation mit der Jugendhilfe und anderen Einrichtungen.

Mit „Schule“ ist hier die gesamte Institution gemeint, unter Einbeziehung der verschiedenen in ihr arbeitenden Personen: Schulleitung, Klassenlehrer, beratende Personen, Schulamt und die Schulpsychologie – die beteiligten Personen können dabei teilweise verschiedene und sich ergänzende Rollen übernehmen. Die Schulleitung übernimmt die normsetzende Aufgabe (Hinweis auf Schulpflicht, Ankündigung der Schulversäumnisanzeige), die Klassenlehrerin die helfende Rolle (Was können Sie tun, um das zu verhindern?)

Ich möchte im Folgenden darstellen, was ich als wesentlich für eine erfolgreiche Beratungstätigkeit halte und einige offene Fragen skizzieren, zwecks Überwindung von „Sollbruchstellen“ im System.

### Arbeitsbündnis herstellen

Entsprechend der Handreichung zur Kooperation von Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfe und Schule (siehe Literaturhinweis) ist die erste Gelingensbedingung das Herstellen einer gemeinsamen Falleinschätzung. Das geht nur in gemeinsamen Gesprächen, sondierend zwischen den beteiligten Institutionen in vielen Einzelkontakten oder besser noch in gemeinsamen Helferrunden, zunächst auch ohne Eltern oder Jugendliche. Wenn Schulen Eltern zum Jugendamt schicken, ist das oft wenig erfolgreich. Die Eltern kommen dort nicht an oder die Rückmeldung über dortige Gespräche und Absprachen klappt nicht. Dann ist das Jugendamt zwar „eingeschaltet“ (wie es in der Schulversäumnisanzeige heißt), aber ein abgestimmtes Vorgehen lässt sich so nicht entwickeln.

Hilfreich ist es zum Beispiel, den Kontakt zum Sozialpädagogischen Dienst im Elterngespräch herzustellen (Telefon mit Lautsprecher benutzen, das Gespräch selber anfangen und dann an die Eltern übergeben). Wir wünschen uns in den Schulen verständlicherweise Eltern als Partner, doch viele Eltern sind in Fällen von großen Fehlzeiten

ebenso hilfsbedürftig wie ihre Kinder – wir müssen also

die Eltern sind für ein Arbeitsbündnis erst gewinnen. Ein Verweis auf ihre Pflicht zur Erziehung ist legitim, doch nützt der meist nicht. Wenn Eltern hilflos, aber für Hilfen offen sind, dann kann ein Prozess beginnen:

- gemeinsame Ziele festlegen,
- nächste Schritte dahin benennen,
- Ressourcen bei den Jugendlichen erkennen (Schatzsuche),
- Barrieren benennen, die aus dem Weg geräumt werden müssen („Realismusprinzip“),
- Bündnispartner finden.

Dabei haben Schule und Jugendhilfe verschiedene, doch sich ergänzende Aufgaben, die unter gegenseitiger Information und Absprachen erfolgen sollten. Schule muss für ein passendes Schulangebot sorgen:

- entweder in der alten Klasse (z.B. mit reduzierten Anforderungen und gleichzeitigem Hilfsangebot, die Leistungen wieder zu steigern),
- oder in einer anderen Schule des Bezirkes oder
- eine Lösung für eine notwendige Übergangs- und Neuorientierungsphase anbieten.

Letzteres kann Unterricht mit reduziertem Stundenplan oder Erledigen von Aufgaben in der Schulstation sein, auch ein „Praktikum statt Unterricht“ für SchülerInnen ab dem 9. Schulbesuchsjahr. Solche ein „Übergangspraktikum“ habe ich in vielen Fällen als sehr hilfreich erlebt für Jugendliche, die eine Tätigkeit unter Erwachsenen mit klar umrissenen Aufgaben als entlastend vom Schulstress erlebten. Positive Ergebnisse waren: keine Fehlzeiten mehr, wieder eine Tagesstruktur, Verantwortungsübernahme und auch Erfolgserlebnisse erfahren nach oft wochenlangem „Rumhängen“ zu Hause. Fast jedes Mal bekamen die Jugendlichen wieder Hoffnung, Mut und Selbstvertrauen, um sich nach dieser Übergangszeit von drei bis sechs Wochen auf einen neuen Schulort einzulassen.

Notwendige Hilfen außerhalb der Schule können sein: ▶

- ▶ • in die Familie hineinzugehen – mit Familienhelfer, Betreuungshelfer, aufsuchende Familientherapie mit Clearing-Auftrag.
- Oder auch statt des Aufenthaltes in der Familie: Jugendnotdienst, Krisenunterbringung mit Clearing-Auftrag, vollstationäre Fremdunterbringung/„Heim“. Das kann Jugendhilfe anbieten und einfädeln, es muss jedoch passgenau mit den schulischen Schritten abgestimmt sein.

Bei einer Fremdunterbringung sollte die Suche nach einem Schulplatz mitgedacht und entschieden werden („Paketlösung“). Wenn es in der Nähe des Heimes nur eine große Gesamtschule gibt, der Jugendliche aber eine kleine Lerngruppe mit wenigen Bezugspersonen braucht, dann ist ein erneutes schulisches Scheitern an dieser nicht passenden Schule vorprogrammiert. Dies kann vermieden werden, wenn die Vorgehensweise „Wir machen jetzt erst mal den einen Schritt (Heimplatzsuche), danach dann den zweiten (Schulplatzsuche) mittels der „Paketlösung“ überwunden wird.

### Der Fall Melanie

Hier ein Beispiel einer gelungenen Kooperation in einem sehr verwickelten Fall. Melanie (8. Klasse) wird im März nach Schwänzen und vorsätzlicher Körperverletzung einer Mitschülerin von einer Gesamtschule auf eine andere verwiesen (Ordnungsmaßnahme nach § 63 SchG). Dort weigert sie sich von Beginn an, die neue Klasse zu besuchen – bis zum Sommer war sie nur 10 Tage in der Schule. Die getrennt lebenden Eltern haben so gut wie keinen Einfluss auf sie, M. spielt sie gegeneinander aus. Angesichts weiterer Strafanzeigen gibt es eine große Hilfskonferenz an der neuen Schule mit Beteiligung von Jugendamt und Polizei. M. zeigt sich weiter unzugänglich. Eine Familienhelferin beginnt mit ihr zu arbeiten. Im Juni gelingt eine Einigung mit beiden Eltern: Sie lassen M. in der Jugendpsychiatrischen Station der Klinik Buch untersuchen. Nach fünf Tagen geht M. wieder, weil sie dort „keine Lust“ hat – im späteren Gutachten werden schwere seelische Fehlentwicklungen festgestellt, u.a. Umkehrung der Rollen im Mutter-Tochter-Verhältnis.

Nach den Sommerferien ist kein Schulbesuch in Aussicht. M. ist nicht versetzt worden, ihre jetzige 8. Klasse nimmt sie in keiner Weise an. Angesichts von Ordnungsmaßnahmen wie polizeiliche Zuführung und Geldbuße für die Mutter lässt sich M. bewegen, einen Praktikumsplatz zu suchen, den sie schnell findet und bis Weihnachten besucht. Im Oktober bekommt sie auf einer Hilfskonferenz beim Jugendamt (unter Beteiligung der Schule) den Auftrag, sich nach Schulprojekten umzusehen, die Arbeit und Schule miteinander verbinden. M. zeigt sich sehr widerwillig, der Einfluss von Eltern, Schule, Sozialpädagogischem Dienst und Familienhelferin ist nach wie vor sehr gering und der einzige sichtbare Entwicklungsschritt seit sechs Monaten ist der Besuch des Praktikums. Im Januar legt M. als Bilanz von fünf Projektbesuchen ihre Ablehnungsgründe dar.

Wie schaffen es diese „besonders schwierigen“ Jugendlichen, dass kompetente, erfahrene und engagierte Lehrer und professionelle Helfer sich hilflos in Konflikte mit ihnen verstricken lassen und ihre Professionalität einbüßen? Wir schienen allesamt ohnmächtig zu sein, trotz verlässlicher fachlicher Kooperation.

Erst die Perspektive einer dritten Instanz (Familiengericht wegen Sorgerechtsentscheidung) brachte wieder Entwicklungsfortschritte: Die Familienrichterin machte M. die Auflage, ihr den Beginn in einem Schulprojekt nachzuweisen, andernfalls gilt die richterliche Anweisung an den Vater, sie zur Fortsetzung der klinischen Untersuchung in Buch anzumelden. Und siehe da, innerhalb von drei Wochen hatte sie so viel Bereitwilligkeit entwickelt, dass sie dem Beginn in einem Lernprojekt zustimmt und auch angenommen wird.

Die Entwicklung eines gemeinsamen Fallverständnisses, ständiges Absprechen der nächsten Schritte bei fortlaufender gegenseitiger Information, gemeinsames Auftreten M. gegenüber, Öffnen und Schließen in der Arbeit mit ihr, Anerkennen der eigenen Grenzen und die Einschaltung einer dritten Instanz führten schließlich zum Erfolg.

### Vernetzung und Konstanz

Solange Fragen in der Einzelfallarbeit zwischen den beteiligten Fachkräften immer wieder neu ausgehandelt werden müssen, ist mit viel Zeit- und Reibungsverlust zu rechnen – zum Nachteil der einzelnen Jugendlichen. Hilfreich ist es, in den vorhandenen bezirklichen Vernetzungsrunden der Jugendhilfe („Regionalrunden“) aber auch zwischen den Leitungsebenen (Schulleitungen, Schulaufsicht, Schulamt und Regionalleitungen der Jugendhilfe) diese Fragen zu diskutieren und abgestimmte Vorgehensweisen zu entwickeln. Dann können wir noch mehr dahin kommen, was uns die schon genannte *Handreichung* zur Kooperation empfiehlt: „Ein Kind mit einem ‚komplexen‘ Hilfebedarf benötigt gerade keine komplexen Zuständigkeiten, keine ‚hilflosen Helfer‘, die erleichtert sind, wenn ein anderer Fachbereich die Zuständigkeit übernimmt. Vielmehr müssen alle notwendigen Hilfen so auf die besondere, die individuelle Lebenssituation zugeschnitten sein, dass sie ‚wie aus einer Hand‘ erscheinen.“

In der Auswertung von über 200 Fällen jugendlicher Intensivtäter hat der Kriminologe Ohder (Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin) im März von einer notwendigen „Betreuungskonstanz“ und „zentraler Verantwortung, die früh Verantwortung übernimmt“ gesprochen (Berliner Zeitung, 8.3.07). Damit lasse sich ein Handeln aus der „Insellage der einzelnen Institution“ überwinden. Mit meinen Erfahrungen kann ich dies bestätigen. In der mir übertragenen Funktion habe ich eine solche Betreuungskonstanz häufig erfolgreich wahrnehmen können und als notwendig für die Überwindung von Schuldistanz erlebt. So können wir verhindern, dass wir zu hilflosen Helfern werden und den Einfluss auf die delinquenten Jugendlichen verlieren. ■

*Literaturhinweis:*  
Kooperation von Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfe und Schule - Gemeinsame Handreichung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (April 2003) Bezugsquelle: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gesund-heit/koopkjp\\_jh\\_schu.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gesund-heit/koopkjp_jh_schu.pdf)



# Zuhause macht er das nie

## Über Hilfen für verhaltensauffällige Schüler.

von Thomas Haudel, Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit



FOTO: PRIVAT

Stellt euch eine Situation auf dem Schulhof vor, bei der ihr Zeuge einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Schülern wart oder den Beginn jener Unterrichtsstunden, bei denen ihr viel Energie braucht, um den Lärmpegel soweit zu senken, dass ihr mit dem Unterricht beginnen könnt. Dann fallen euch bestimmt sofort Schüler ein, die immer wieder durch ihr aggressives, provokatives Verhalten die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Irgendwann sitzen dann die Eltern vor euch und ihr sprecht sie auf das Verhalten ihres Sprösslings an. Nicht selten fallen dann Sätze wie „Das kenne ich gar nicht von ihm, das kann nicht sein. Er ist bestimmt provoziert worden, denn von sich aus fängt er nicht so etwas an.“ Spätestens dann wird euch klar, dass die Sache kompliziert wird und Eltern nicht so einfach dazu zu bewegen sind, Hilfe wegen ihres verhaltensauffälligen Kindes einzufordern. Dabei gibt es außerhalb der Schule genügend Hilfsangebote. Psychosoziale Einrichtungen, die über das Kinder-, Jugendhilfegesetz (KJHG) finanziert werden, bieten ein großes Spektrum von Interventionsmöglichkeiten. Und es gibt eine ganze Reihe von Einrichtungen, die trotz eines qualitativ guten Leistungsangebotes händierend nach Klienten suchen.

### Eltern einbeziehen

Eine Ursache liegt mit Sicherheit im Widerstand der Eltern, die Hilfsbedürftigkeit ihrer Kinder anzuerkennen. Dabei ist es von großer Bedeutung, mit welcher inneren Haltung und mit welchen Worten die Eltern auf das Problem ihrer Kinder aufmerksam gemacht werden. Ihr könnt nicht prinzipiell davon ausgehen, dass die Eltern wissen, wovon ihr redet. Schule ist ein Ort, an dem die meisten Kinder mehr Stress ausgesetzt sind als zu Hause und schneller an ihre emotionalen Grenzen kommen. Daher verhalten sie sich dort auch anders.

Es geht also darum, den Eltern zunächst ohne Vorwürfe ein Bild davon zu vermitteln, wie sich ihr Kind in der Schule verhält. Je eher die Eltern einbezogen werden, um so besser, denn der wegen mehrfacher Probleme angestaute Ärger lässt sich nur schwer vor den Eltern verbergen und belastet die Gespräche von vorneherein.

Engagierte Sozialarbeiter wissen auf jeden Fall die von Ihnen vorgeschlagenen Hilfen gegenüber ihren Vorgesetzten zu vertreten und be-

kommen sie in der Regel auch bewilligt. Die Fachdienste EFB, KJPD und Schulpsychologie leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Es gibt natürlich auch negative Beispiele: Mitarbeiter des Jugendamtes schicken Eltern nach einigen Beratungsgesprächen wieder nach Hause und beantragen im vorausgehenden Gehorsam gar nicht erst die erforderlichen KJHG-Hilfen. In so einem Fall empfehle ich die bereits erwähnten Fachdienste einzuschalten, die durchaus auch den Erstkontakt übernehmen können und dann an das Jugendamt weiterverweisen. Sie sind ebenso wie die regionalen Sozialdienste wichtige Schnittstellen bei der Vermittlung schwieriger Schüler an die entsprechenden Vereine oder Therapeuten.

### Rechtsanspruch auf Hilfen

Lasst euch also nicht durch irgendwelche Gerüchte über die Auswirkungen der Sparzwänge abschrecken. Auf KJHG-Hilfen haben die Eltern einen Rechtsanspruch. Ihr solltet ihnen Mut machen, den Hilfebedarf für ihr Kind offensiv zu vertreten und sie gleich an die richtigen Stellen verweisen. Wenn ihr mit einem Fachdienst schlechte Erfahrungen gemacht habt, dann könnt ihr auch auf einen anderen ausweichen.

Es lohnt sich in jedem Falle die Eltern zu motivieren, mit der Schule und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wer sich beim Jugendamt freiwillig um eine Hilfemaßnahme für sein Kind bemüht, wird dort in der Regel freundlich behandelt und bekommt Unterstützung. Davon profitieren das betroffene Kind, ihr als Lehrer und die Mitarbei-

ter der freien Träger ebenfalls. ■



# Der Lack ist ab

## 120 Tage Jürgen Zöllner – eine ernüchternde Bilanz.

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN



FOTO: TRANST/POLENTZ

Als der neue Bildungssenator Jürgen Zöllner im November 2006 zu Klaus Bögers Nachfolger ernannt wurde, ging ein Aufatmen durch die Stadt. Auch die GEW BERLIN war davon angetan, dass ein gestandener Politiker, dem Durchsetzungsfähigkeit, Erfahrung und Kompetenz nachgesagt wurden, die Verantwortung für die Berliner Bildungspolitik übernahm. Jürgen Zöllner zeigte sich bei unserem Antrittsbesuch als zugewandter und interessierter Gesprächspartner. Uns war klar, dass er Zeit brauchen würde, sich mit der Berliner Situation vertraut zu machen. Zwar sei er mit einigen Entscheidungen in der Berliner Bildungspolitik nicht wirklich einverstanden, er könne aber nicht alles sofort über den Haufen werfen, was in der Stadt in den vergangenen Jahren aus seiner Sicht übereilt angeschoben wurde, sagte er. Ein erstes Ziel sei es, das Vertrauen der im Bildungsbereich Beschäftigten zurück zu gewinnen. Das machte ihn sympathisch.

Die Bilanz der ersten Monate der Zöllnerschen Amtszeit ist ernüchternd. Von einer positiven Neuausrichtung in der Berliner Bildungspolitik ist nichts zu spüren. Alles, was der „Supersenator“ bisher in die Wege geleitet hat, war ungeeignet, das Vertrauen der Beschäftigten zurück zu gewinnen und die Bildungsmisere in der Hauptstadt offensiv anzugehen.

### Ausstattung der Schulen

Wir fragen uns natürlich, ob Zöllner in seiner Verwaltung auf die falschen Berater setzt, wenn er nach mehr als zehn Jahren erstmals wieder befristete Verträge für Lehrkräfte anbietet und dabei ein Fiasko erleidet, weil nur wenige qualifizierte BewerberInnen ein derartiges Beschäftigungsangebot annehmen können oder wollen (wenn sie nicht ohnehin schon in andere Bundesländer vergrault wurden). Seit 1996 war klar,

dass Vertretungsbedarf an unseren Schulen Dauerbedarf ist und deshalb unbefristet eingestellt werden musste und wurde. Das ist Fakt und es hilft auch nichts, dass der Senator den Erfolg der Einstellungsverfahren für den Grundschulbereich jetzt hochjubelt. Nach Aussagen von Schulleitungen haben sich bei den „Castings“ – vor einem Jahr noch als perfide Wortschöpfung der GEW BERLIN verpönt und nun in den offiziellen Sprachgebrauch der Bildungsverwaltung übernommen – auch BewerberInnen vorgestellt, „die kaum drei zusammenhängende Sätze von sich geben konnten“. Senator Zöllner hat die Chance, bei dieser Einstellungsrunde junge, motivierte KollegInnen an Berlin zu binden, eindeutig vertan.

Zum kommenden Schuljahr werden alle Schulen nur noch zu 100 Prozent mit Lehrkräften ausgestattet. Dabei unterscheidet Herr Zöllner – und auch das ist ein Novum für Berlin – zwischen der Grund- und der Zusatzausstattung. Zur Zusatzausstattung wird all das gezählt, was aufgrund der besonderen Situation der Einzelschule an Lehrerstunden erforderlich ist: DaZ, Integration, Frequenzabsenkung in sozialen Brennpunkten, pädagogische Schwerpunkte etc.

Neben der 100-prozentigen Ausstattung erhalten die Schulen, die sich dazu bereit erklären, ein dreiprozentiges Vertretungsbudget, aus dem sie eigenverantwortlich Vertretungslehrkräfte für kurz- und mittelfristig Erkrankte einstellen dürfen. Will eine Schule das nicht – sei es, weil die Erfahrungen aus den Castings gezeigt haben, wie schwer es ist, Bewerberinnen für kurzfristige Einstellungen zu finden, oder weil das Budget viel zu gering ist und sie die Verantwortung für den absehbaren Unterrichtsausfall nicht „übergeholfen“ bekommen will –, erhält sie Nullkommanichts an Vertretungsreserve. Wir stellen fest: Der Vertretungsanfall in Berliner Schulen liegt nach Senatsberech-

nungen bei 10 Prozent. Da reicht ein Vertretungsbudget von 3 Prozent nie und nimmer aus; Unterrichtsausfall oder Mehrarbeit werden die Folgen sein. Zudem sollte jede Schule selbst entscheiden können, ob sie ein Budget oder eine feste Stundenzuweisung für Vertretungsbedarf haben möchte.

Die vielen kleinen Hinweise von Zöllner auf den Unterschied von „Pflicht“ und „Kür“ lassen befürchten, dass das 3-Prozent-Budget sich an der Zumesung des Grundbedarfs orientieren wird. Damit wären alle positiven Ansätze von mehr Chancengerechtigkeit für Schulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten, zunichte gemacht. DaZ-Stunden, Frequenzabsenkungen an Schulen in sozialen Brennpunkten und Integrationsstunden würden in dem Augenblick zum Opfer fallen, wenn KollegInnen erkranken.

### Modellversuch Gemeinschaftsschule

Hier bleibt Zöllner, genau wie sein Vorgänger Böger, ein klares Bekenntnis zur Schulstrukturfrage schuldig. Er laiviert sich wortreich und verschachtelt am Thema vorbei. Gebetsmühlenartig wiederholt er seine Auffassung, dass individuelle Förderung Vorrang gegenüber einer Debatte um die Schulstruktur haben müsse. Klar ist es sinnvoll, Kinder und Jugendliche in jeder Schulform individuell zu fördern. Wir fragen uns nur, wie das vonstatten gehen soll: Weder will er dafür zusätzliches Personal noch zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen. Zwar nehmen wir richtige Sätze unseres Senators wie „Zweigleedrigkeit ist kein Schritt zur Gemeinschaftsschule“ wahr, wir vermissen aber sein eindeutiges Eintreten für eine Schule für alle, die endlich den allseits kritisierten Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsabschluss überwinden helfen kann. Dass der Start des Modellversuchs um ein Jahr ver-

schoben wird, halten wir für eine richtige Entscheidung, denn die teilnehmenden Schulen brauchen Zeit für die Gremienentscheidungen und für die Entwicklung eines Konzepts, das geeignet ist, in der Gemeinschaftsschule alle SchülerInnen optimal zu fordern und zu fördern. Und die Senatverwaltung braucht dieses Jahr, um Fortbildungsveranstaltungen zu konzipieren und durchzuführen, die die KollegInnen vor Ort benötigen, damit der Modellversuch erfolgreich werden kann.

### Arbeitsentlastung

Noch Anfang Dezember zeigte sich der Senator sehr beeindruckt von den vielen Überlastungsanzeigen Berliner KollegInnen. Flugs versprach er, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Thema „Entlastungen“ beschäftigen soll. Dass in dieser Arbeitsgruppe einfache Lehrkräfte nicht vertreten sind, spricht Bände. Und auch das Zöllnersche Patentrezept „Entlastung kann auch kostenneutral passieren“ überzeugt uns nicht. Die GEW BERLIN fordert nachdrücklich: „Runter mit der Arbeitsbelastung. Erster Schritt: Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde und feste Vor-, Nachbereitungs- und Kooperationszeiten für ErzieherInnen!“

### Bildungsprogramm an den Kitas

Zugegeben, mit den Kleinsten im Bildungssystem hatte Jürgen Zöllner in seiner politischen Arbeit noch nie etwas zu tun. Deshalb sehen wir ihm nach, dass er eine gewisse Einarbeitungszeit braucht. Aber mittlerweile besteht in Berlin dringender Handlungsbedarf. Wenn die Kitas das Berliner Bildungsprogramm erfolgreich umsetzen sollen, muss auch hier kräftig investiert werden. Es ist schier unmöglich, ständig Anforderungen an eine verbesserte Bildungsqualität zu stellen, in der Personalausstattung aber bestenfalls alles beim alten zu belassen. Wie heißt es so schön im Koalitionsvertrag? „Frühzeitige Bildungsinvestitionen verhindern spätere Folgekosten.“ Dem stimmen wir voll zu, also nichts wie ran, Herr Zöllner! Investieren Sie!

### Verbesserung der Lehrerbildung

Einig waren wir uns bei unserem Antrittsbesuch, dass die Qualität der Lehrerbildung in Berlin verbessert

werden muss. Das Problem der unterschiedlichen Dauer der Ausbildung für LehrerInnen und StudienrätInnen schien Herr Zöllner genauso kritisch wie wir zu sehen. Inzwischen stellen wir ernüchert fest, dass er sich mit der um bis zu zwei Jahren kürzeren Ausbildungszeit für LehrerInnen nicht nur arrangiert hat sondern sie offensiv nach außen vertritt. Auch die qualitative Anhebung der ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau ist für den Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung kein Thema mehr.

Fazit: Nach 120 Tagen Zöllner stellt die GEW BERLIN ernüchert fest: Der Lack ist ab. Die Vorschusslorbeeren für Jürgen Zöllner waren zu unrecht verteilt. Wenn sich in der Berliner Bildungslandschaft überhaupt etwas bewegt hat, dann in die falsche Richtung. Aber als Vollblutpädagogen geben wir selbstverständlich nicht auf. Wir werden Sie fordern und fördern, damit Sie am Ende Ihrer Amtszeit in Berlin den bestmöglichen Abschluss erreichen, lieber Herr Senator!

## ALLES EINE FRAGE DER EINSTELLUNG

Dieses geflügelte Wort bekommt im Zusammenhang mit den Einstellungen für die Berliner Grundschulen mindestens doppelte Bedeutung. Die interessierten BewerberInnen fragen sich bei den durchgeführten Castings, wie es eigentlich zu dem Rollentausch kommt: Jahrelang bewerben sie sich erfolglos und müssen sich mit Alternativen mal recht, mal schlecht durchschlagen, sitzen nun im Casting vor mehr als 50 verzweifelten Schulleiterinnen, die auf der Suche nach Verstärkung für ihre Schulen sind, um das Schlimmste zu verhindern, denn die reale Ausstattung ist teilweise unter 90 Prozent gesunken.

Ein Großteil der BewerberInnen erscheint gar nicht erst. Sie sagen sich, dass ist nicht meine Einstellung, befristet mit nur geringen Aussichten auf Weiterbeschäftigung. Dann bleibe ich bei meiner jetzigen Beschäftigung und bewerbe mich weiter in anderen Bundesländern. Einzelne erscheinen schon mal in diesem Verfahren und bekunden ihr Interesse für eine unbefristete Einstellung im Sommer. Und die Schulleiterinnen laufen von Auswahltermin zu Auswahltermin. Einzelne haben die Hoffnung schon aufgegeben. Sie sind in diesem Verfahren die BewerberInnen und gehen teilweise trotz großem zeitlichen Einsatz in mehreren Verfahren leer aus. Sie streiten um die KandidatInnen mit Exklusivangeboten. Manche steigern auf Wunsch den Anteil an Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in ihren Schulen, andere stellen Traumstundenpläne und Wunscheinsätze in Aussicht, verlegen ihre Schulen günstig an U- und S-Bahnstationen und preisen gar Reinickendorf als südlichen Bezirk an.

An den Oberschulen sieht die Situation anders aus. Hier gibt es teilweise noch mehr BewerberInnen als Stellen, teils aber auch nur eine einzige Kandidatin. Die Schulleitungen versuchen terminlich und örtlich alles möglich zu machen, um Bewerbergespräche durchzuführen, reisen dann selbst mit den Einstellungsunterlagen den Dienstweg ab, die BewerberInnen immer dabei, damit es letztendlich auch wirklich zu einem Arbeitsvertrag kommt und keine Chance für die Bewerberinnen mehr besteht, abzuspringen. Von beiden Seiten wird dieses Verfahren als unwürdig beschrieben oder gar mit einem Viehhandel oder Basar verglichen.

Und wie sieht die Perspektive aus? Zum nächsten Schuljahr soll es nur einen sehr schmalen Einstellungskorridor für Neueinstellungen geben, aber sicher viele weitere Chancen, Erfahrungen zu sammeln. Alle Berliner Schulen werden zum kommenden Schuljahr nur noch mit 100 Prozent ausgestattet. Die Schulleitungen selbst dürfen sich aber für Budgetierung aussprechen und nach dem Abschluss von Zielvereinbarungen mit weiteren drei Prozent Personalmitteln für kurzfristige Einstellungen auch unterhalb von zwei Monaten ihre Misere bekämpfen. Die Auswahl der BewerberInnen wird dann größer, denn es dürfen Pensionäre, RentnerInnen und in Ausbildung befindliche Lehrkräfte um diese attraktiven Stellen ringen. Alternative für die Schulen ist, sie arbeiten mit hundertprozentiger Ausstattung und können auf Antrag, wenn ihre Ausstattung aufgrund von Langzeiterkrankten unter hundert Prozent rutscht, eine Neueinstellung bekommen. Die Frage bleibt, woher? Denn wen hält es noch in Berlin bei der Perspektive, sich von Fristvertrag zu Fristvertrag zu hangeln und sich letztendlich doch um eine berufliche Alternative kümmern zu müssen. Die noch gefüllten BewerberInnenkarten werden schrumpfen und Berlin bleibt arm an Bildung.

*Sigrid Baumgardt*

# Das fängt ja gut an

Die GEW fragte auf einer Veranstaltung nach der Akzeptanz des Ethikunterrichts.

von Gerhard Weil, Mitglied im Vorstand des Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten (LAMA)



FOTO: ARCHIV

Die Erleichterung der Bildungspolitik aus dem Berliner Abgeordnetenhaus war nicht zu übersehen. Dass der Ethikunterricht von den SchülerInnen, den meisten Eltern und Lehrkräften nach gut einem halben Jahr in den 7. Klassen offensichtlich akzeptiert wird, machte Dr. Felicitas Tesch (SPD), Steffen Zillich (Linkspartei/PDS) und Roland Otte (Bündnis 90/Die Grünen) erkennbar locker. Nach all der Schelte, all den Anfeindungen von Seiten der Konservativen, Neoliberalen und Kirchenvertretern noch im letzten Wahlkampf bekamen die drei Erfreuliches gemeldet.

## Konkrete Forderungen

Dennoch gab es auf der Veranstaltung der GEW gemeinsam mit dem „Forum Gemeinsames Wertefach für Berlin“ Ende Februar zum Thema „Ethikunterricht auf gutem Weg? – eine erste Zwischenbilanz aus der Praxis“ auch eine Reihe recht konkreter Forderungen von insgesamt elf Ethiklehrkräften aus den 7. Klassen von zehn Berliner Schulen: nach Halbierung der Klassengröße von über 30 SchülerInnen, nach mehr Geld zur Anschaffung von notwendigen Unterrichtsmaterialien und nach mehr qualifizierten Lehrkräften. Ein bildungspolitischer Hinweis auf die schwierige Finanzlage der Stadt und die Unerbittlichkeit der Finanzpolitiker fand angesichts der Bedeutung von Bildung keine Akzeptanz. Auch hatte die eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn mit fünf Schulbuchverlagen organisierte Ausstellung mit neuen Schulbüchern für das Fach Ethik das Interesse der etwa 80 TeilnehmerInnen geweckt.

## Kopflastig und beliebig?

Eines wurde im Veranstaltungsverlauf recht bald deutlich: Die Chancen des Ethikunterrichts zur Vermittlung einer offenen Gesprächsatmosphäre

werden offenbar an vielen der 355 Berliner Oberschulen genutzt. Das Fach hat sich in kurzer Zeit gut etabliert. An einzelnen Gymnasien oder Gesamtschulen bestritten anfangs einige Eltern das Recht des Staates auf eine Werteerziehung, konnten aber offensichtlich mit Hinweis auf die ersten drei Paragraphen des Schulgesetzes überzeugt werden.

Dagegen wurden Schwierigkeiten an einigen Hauptschulen und Realschulen, aber auch an Gesamtschulen mit vielen Migranten benannt, die anspruchsvollen Materialien und Themenstellungen des Rahmenlehrplans sprachlich zu bewältigen. Dennoch wurde der unter anderem von der GEW als zu kopf- und philosophielastig kritisierte Rahmenlehrplan als immerhin offen genug verteidigt, den jeweiligen Unterricht auch mit HauptschülerInnen zu gestalten. Kritik kam eher an der Beliebigkeit der Themenwahl innerhalb einer Zweijahresstufe auf, die bei Schulwechseln für die SchülerInnen

Nachteile mit sich bringen kann, so Ursula Müller-Wißler vom Kreuzberger Hermann-Hesse-Gymnasium.

## Mehr als Religionskunde

Im Ostteil der Stadt stoßen laut Rotraud Bergner von der Merian-Oberschule in Treptow-Köpenick, religiöse Fragen vor dem überwiegend atheistischen Hintergrund auf Desinteresse, Religionskunde werde wie Geschichtsunterricht angesehen. Das Fehlen von Migranten an den Schulen begünstige Vorurteile über den Islam. Dagegen hätten viele Jungen Interesse an Beziehungsfragen und Konfliktlösungen.

Gabriele Lützenkirchen von der Kreuzberger Lina-Morgenstern-Gesamtschule hatte wie viele andere KollegInnen an Schulen mit hohem Migrantenanteil erst einmal Schwierigkeiten, einen respektvollen Umgangston im Unterricht zu schaffen und die Wirkung der ständigen Schimpfworte, Ausdrücke



mit selbst antisemitischer Konnotation bewusst zu machen. Dafür böte der Ethikunterricht eine gute Möglichkeit mit seiner angstfreien, offenen Kommunikation, einem irgendwie doch „weichen“ Unterrichtsfach. In die gleiche Richtung gingen die Erfahrungen von Norbert Böhnke von der Lichtenrader Carl-Zeiss-Oberschule, der darauf hinwies, dass es bei dem hohen Anteil konfessionsloser SchülerInnen in Berlin wichtig sei, außer religiösen Feiertagen auch weltliche wie z.B. den Frauentag im Unterricht zu behandeln.

Eine Zusammenarbeit mit Religionslehrkräften wurde bisher an nur wenigen Oberschulen praktiziert, meist in Ermangelung eines entsprechenden Religionsunterrichtes.

Übereinstimmend bestand die Forderung an die Schulorganisation, die Ethiklehrkräfte nicht nur mit den zwei Stunden in Klassen einzusetzen, sondern mindestens mit noch einem weiteren Fach, um die Vertrauensbasis zu den SchülerInnen zu erweitern. Als abschreckendes Beispiel nannte Frau Dillmann-Schlösser die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, an der zwei KollegInnen neun siebte Klassen mit Frequenzen von 30 bis 32 Kindern in Ethik unterrichten, ansonsten aber in ganz anderen Klassenstufen eingesetzt werden!

### Weiterbildung und Studiengang

Alle Ethiklehrkräfte waren der Auffassung, dass von der Bildungsverwaltung oder den Unis eine Kommunikationsein-



Großes Medieninteresse gab es bei der Fachtagung zum Ethikunterricht am 21. Februar im GEW-Haus: Rose-Marie Seggelke wird von einer RBB-Reporterin interviewt

FOTO: WEIL

richtung, z.B. ein Internetforum, eingerichtet werden sollte, in dem Erfahrungen und Materialien aus der Praxis ausgetauscht werden können, auch nachdem die Weiterbildungskurse absolviert sind.

Der Vertreter der Bildungsverwaltung, Manfred Zimmermann, kündigte für den Sommer fünf neue Weiterbildungskurse an. Es gebe zur Zeit genügend Ethiklehrkräfte, allerdings nicht immer an den Schulen, wo sie gebraucht würden. Prof. Dr. Michael Bongardt von der Freien Universität Berlin und Prof. Dr. Thomas Schmidt von der Humboldt Universität berichteten von der Planung grund-

ständiger Ethik-Studiengänge, die an beiden Einrichtungen im kommenden Wintersemester mit deutlich unterschiedlichen Akzenten beginnen sollen. Dr. Helga Ludwig-Steup wies darauf hin, dass die Theorielastigkeit zu Beginn der Ethiklehrerweiterbildung zugunsten einer Hinwendung zu mehr Fachdidaktik und Modularisierung im weiteren Verlauf und bei den neuen Lehrgängen überwunden wurde. Dies war im Vorfeld von vielen referierenden Lehrkräften als hilfreich hervorgehoben worden. Dass moderne schülerorientierte Unterrichtsmethoden als Ergebnis von Weiterbildungsmaßnahmen unter SchülerInnen auch Verwirrung stiften können, wusste Sabrina Dzedziuch-Teuscher aus der Charlottenburger Pommern-Hauptschule zu berichten. So war sie von dem verunsicherten Ibrahim aus der 7. Klasse gefragt worden: „Wollen Sie uns therapieren?“

Die Frage, was mit den weitergebildeten Lehrkräften passiere, wenn die voll ausgebildeten Ethiklehrkräfte von den Unis an die Schulen kämen, ob man sie dann gar aus dem Unterricht abziehen würde, erregte am Ende die Gemüter. In Brandenburg hätten, so Peter Kriesel, Bundesvorsitzender des Fachverbandes Ethik, von 800 weitergebildeten LER-Lehrkräften 750 eine besoldungsrelevante Prüfung absolviert. Für Berlin scheint dagegen alles offen. An nachträgliche Staatsprüfungen in Ethik als zweites Wahlfach ist zurzeit nicht ernsthaft gedacht (denn das könnte wohl Geld kosten!) Hier gibt es für das Wertefach-Forum und die GEW noch einiges zu tun. ■



## WAS IST EINE GEMEINSCHAFTSSCHULE?

Die Landesdelegierten verabschiedeten im Februar dazu folgenden Beschluss.

1. Eine Schule, die alle SchülerInnen aufnimmt,
2. Eine Schule, die mit innerer Differenzierung arbeitet und nicht durch äußere Fachleistungsdifferenzierung unterschiedliche Niveaustufen schafft.
3. Eine Schule, die neue Wege des Lernens geht und SchülerInnen Zeit und Raum bietet, das eigene Lernen zu gestalten.
4. Eine Schule, die Angebote zum selbsttätigen Lernen bietet (z.B. Bibliothek, Computer, Räume für handwerkliche und musische Betätigung).
5. Eine Schule, die angemessene Beurteilungsformen findet, die tauglich sind, individuelle Lernprozesse zu dokumentieren und zu fördern.
6. Eine Schule, die Verantwortung für die Lern- und Leistungsentwicklung ihrer SchülerInnen übernimmt und die individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers/jeder einzelnen Schülerin garantiert.
7. Eine Schule, die personelle und räumliche Möglichkeiten zur individuellen Förderung hat.
8. Eine Schule, die kein Sitzenbleiben kennt.
9. Eine Schule, die SchülerInnen nicht auf andere Schulformen „abschult“.
10. Eine Schule, die alle Abschlüsse vergibt.
11. Eine Schule, die gemeinsam mit allen Beteiligten (PädagogInnen\*, sonstige in Schulen Beschäftigte, SchülerInnen, Eltern) eine Schulkultur entwickelt und Vereinbarungen des Miteinanders erarbeitet.
12. Eine Schule, die SchülerInnen und PädagogInnen eine angenehme Umgebung schafft.
13. Eine Schule, in der PädagogInnen zusammenarbeiten.
14. Eine Schule, die Teil des Lebens des Stadtteils ist und die im engen Kontakt zu anderen Bildungseinrichtungen in ihrem Umfeld steht.

\*PädagogInnen sind für uns alle Menschen, die pädagogisch arbeiten, z. B. Sozialpädagoginnen, Lehrkräfte, ErzieherInnen, EinzelfallhelferInnen und Pädagogische Unterrichtshilfen.

# Dezentrale Lehrerfortbildung

## Was geschieht eigentlich in den Regionen?

von Sigrid Baumgardt



Ab dem kommenden Schuljahr ist die LehrerInnenfortbildung dezentralisiert. Im Idealfall soll das bedeuten: Die pädagogischen MitarbeiterInnen an den Berliner Schulen sollen die Chance bekommen, schulnahe Fortbildungen zu machen. Schulnah soll sowohl räumlich als inhaltlich verstanden werden. Aber kommt es wirklich dazu? Derzeit sind die Regionen auf der Suche nach Bedarfen, nach MultiplikatorInnen, nach Räumen. Melden wirklich alle Schulen Bedarfe? Ist allen deutlich, dass sich gerade auch aus diesen Meldungen die konkreten Angebote ableiten sollen? Stellen die Regionen Räume zur Verfügung?

Gut wäre die Einrichtung eines Fortbildungszentrums in allen Regionen. Sinnvoll sicherlich auch, diese Einrichtung mit anderen Beratungsstellen wie zum Beispiel der Schulpsychologie zusammenzulegen. Das passiert aber in den wenigsten Regionen. Meist sollen die Volkshochschulen genutzt werden und auch Räume in den Schulen. Außerdem sollen im Schwerpunkt nicht mehr einzelne Menschen fortgebildet werden, sondern in der Regel ganze Gruppen, Steuerungsgruppen, Fachbereiche usw.

Aber „wer“ kommt zum Zuge? Reformen produzieren Bedarfe und müssen zur Entlastung der Lehrkräfte auch befriedigt werden. Wieso sollte sich jeder selbst allein in seinem Kämmerlein zum Beispiel die vielen neuen Prüfungsanforderungen zu eigen machen, das geht effektiver. Wer aber ist kompetent, diese Aufgabe zu übernehmen? Wie werden MultiplikatorInnen ausgewählt? Auf Zuruf? Was sollen sie leisten für 2 bis maximal 9 Stunden Unterrichtsbefreiung. Und wann konkret sollen die Veranstaltungen terminiert werden, damit möglichst wenig Unterrichtsausfall produziert wird, sei die Fortbildung auch noch so sinnvoll und notwendig. Zeitressourcen sind knapp und die Wochenenden dienen schon jetzt den wenigsten zur Regeneration.

Koordiniert wird die regionalisierte Fortbildung von einem Schulrat beziehungsweise einer Schulrätin pro Region als zusätzliche Aufgabe, von einer Lehrkraft mit halber Stelle freigestellt, den sogenannten Fortbildungskordinatorinnen und unterstützt durch eine halbe Verwaltungsfachkraft. Fazit: Auch hier sind Überforderung und Überlastung inbegriffen.

# Schafft den Deutschunterricht ab!

Provokante Überlegungen zur Einführung eines Faches Weltliteratur.

von Gerhard Weil, Mitglied im Vorstand des Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten (LAMA)

**A**bitur bestanden aber im Unterricht nie ein Werk von Machfuss, Hikmet, Andric, Gordimer oder Camus gelesen! Angeblich leben wir in einer vernetzten Welt: Die Gesetze sind europäisch, die Wirtschaft versucht sich global zu orientieren, Kommunikation und Kultur sind schon lange international ausgerichtet. Selbst die Bildung wird über die OECD und PISA weltweit bewertet.

Nur der Deutschunterricht folgt trotz kleinerer Modifikationen noch den Prinzipien aus der Nachkriegszeit!

Nachkriegszeit? Ja, nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 und der Gründung des Kaiserreiches kam dem Deutschunterricht die nationale Aufgabe zu, die Jugend aus allen deutschen Ländern und Mundarten einheitlich mit einem verbindlichen deutschen Literaturkanon zu erziehen. Deutsche Literaturgeschichte hatte deshalb ebenso ihre erzieherische Funktion wie der Sedan-

Sicher, heutzutage werden in der Oberschule auch Brecht, Böll, Grass, Frisch und vielleicht sogar Jelinek gelesen, die erst kürzlich den Literaturnobelpreis erhielt. Aber wie steht es mit türkischen Autoren, sagen wir Nazim Hikmet, Fakir Baykurt oder dem neuen Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk? Im Deutschunterricht?

Es liegen da doch „nur“ Übersetzungen der Originale vor, und beim Abitur kann in der Regel die Beschäftigung mit nichtdeutschen AutorInnen nicht prüfungsrelevant behandelt werden. So bleibt es bei der Beschäftigung mit Werken deutschsprachiger Herkunft und die „Internationalität“ bleibt auf die ös-



terreichischen und schweizer Autorinnen beschränkt. Die im Berliner Schulgesetz geforderten interkulturellen Erziehungsaspekte haben hier kaum Chancen.

Zwar werden im Fremdsprachenunterricht Shakespeare im englischen Original und Saint Exupery in Französisch gelesen, aber das kann eine Beschäftigung mit der Weltliteratur keineswegs ersetzen. Schon gar nicht in einem multikulturellem Land, in dem hunderttau-

sende SchülerInnen mit Migrationshintergrund ihre Herkunftskultur und -sprache überwiegend ausgeblendet erleben.

## Ende des klassischen Deutschunterrichts

Wenn man davon ausgehen kann, dass am Ende der Klasse 9 in allen Schularten das Ringen mit der deutschen Sprache einen gewissen Abschluss gefunden haben sollte, alle Diktate und Aufsätze geschrieben sind, sollte auch der klassische Deutschunterricht enden. Bei SchülerInnen mit besonderen Sprachdefiziten könnte eine Förderschiene beibehalten werden. Ansonsten kann das Fach Weltliteratur ab Klasse 10 das Fach Deutsch ersetzen. Gegen kreative Spracharbeit, Sprachbetrachtung usw. spricht natürlich nichts, nur sollte das alles vor dem Hintergrund einer interkulturellen Horizontenerweiterung und mit relevanten literarischen Beispielen aus Europa und aller Welt vollzogen werden. Eine Revolution für Gymnasien und Gesamtschulen? Nein, eigentlich nur die seit Jahrzehnten notwendige Anpassung der Schulrealität an die multikulturelle Lebenswirklichkeit. ■

WICHTIG  
IST NICHT NUR  
DASS EIN MENSCH  
DAS RICHTIGE  
DENKT

SONDERN AUCH  
DASS DER  
DER DAS RICHTIGE  
DENKT  
EIN MENSCH IST

Erich Fried

Am 27. Februar 2007 starb unser langjähriges Mitglied der Neuköllner Bezirksleitung

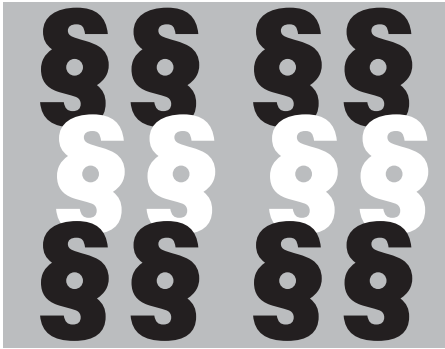
### Peter Tempel

Groß war sein Engagement für die Neuköllner Schule, vor allem für die Verteidigung und den Ausbau der Gesamtschule.

Bildung und soziale Frage waren für ihn immer untrennbar miteinander verbunden.

Wir erinnern uns an Peter als vorbildlichen Gewerkschafter und fürsorglichen Pädagogen.

Jürgen Schulte, Detlef Mücke, Robert Peiser,  
Gudrun Genschow im Namen der Kolleginnen und  
Kollegen der GEW Neukölln



## ZEITNAH ZUM GEWÜNSCHTEN TERMIN IN DEN RUHESTAND

*Hinweise zum Umgang mit dem Rundschreiben 68/2006:* Obwohl in dem genannten Rundschreiben grundsätzlich die Termine 31.01. und 31.07. für LehrerInnen als die maßgeblichen für den Übergang in den Ruhestand/die Rente festgelegt wurden, gibt es Möglichkeiten davon abzuweichen.

1. Für Angestellte endet bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren das Arbeitsverhältnis gemäß SR2 I I BAT-O zum Ende des Schulhalbjahres, gemäß SR 2 I I BAT zum Ende des Schuljahres. Wird ein anderes Datum gewünscht, lehnt die Senatsbildungsverwaltung den Antrag auf Abschluss eines Auflösungsvertrages (§ 58 BAT/BAT-O) ab. Trotzdem ist es möglich, zeitnah zu dem gewünschten Termin (Schluss eines Kalendervierteljahres) in die Rente zu gehen, wenn man die Kündigungsfrist gemäß § 53 Abs. 2 BAT/BAT-O beachtet: „Im Übrigen beträgt die Kündigungsfrist bei einer Beschäftigungszeit (§ 19) bis zu 1 Jahr 1 Monat zum Monatsabschluss, nach einer Beschäftigungszeit von mehr als 1 Jahr 6 Wochen, von mindestens 5 Jahren 3 Monate, von mindestens 8 Jahren 4 Monate, von mindestens 10 Jahren 5 Monate, von mindestens 12 Jahren 6 Monate zum Schluss eines Kalendervierteljahres.“

2. Für BeamtInnen bedarf es wegen der Berücksichtigung der freien Tage gemäß § 2a Abs. 2 Arbeitszeitverordnung einiger Überlegungen und Berechnungen. (Hinweis: Die nachfolgenden Beispiele gelten nur für Beamte, die seit August 2003 stets vollbeschäftigt waren/sind.)

a) Das 65. Lebensjahres wird bis zum 31. Juli 2007 vollendet. Für diese Beschäftigten ändert sich nichts. Der Übergang in den Ruhestand erfolgt zum 31. Juli, die freien Tage werden entweder durch Freizeit oder finanziell ausgeglichen.

b) Das 65. Lebensjahr wird zwischen dem 1.08.07 und dem 30.09.07 vollendet. Diese Beschäftigten könnten einen Antrag auf Übergang in den Ruhestand zum 30. September 2007 stellen. Sie erhalten dann vom 3.09. bis zum 30.09. den Freizeitausgleich und stehen in der Woche vom 27.08. bis zum 2.09. zur Erteilung von Vertretungsunterricht zur Verfügung.

c) Das 65. Lebensjahr wird im Oktober 2007 vollendet. Nimmt man den Pensionsabschlag (0,3 Prozent) in Kauf, so könnte ein Antrag auf Übergang in den Ruhestand zum 30. September gestellt werden (siehe Beispiel b). Auch wäre folgende Regelung denkbar: Bei einer Teilzeitvereinbarung (z. B. auf 75 % und bei entsprechender Reduzierung der monatlichen Besoldung) ab 1. August 2007 erhöht sich die Anzahl der freien Tage (bei 75 % auf 28). Unter Berücksichtigung der Herbstferien verbleiben damit noch 14 Unterrichtstage, die bis zum 31. Oktober abzuleisten wären, d.h. Erteilung von Vertretungsunterricht vom 27. August 2007 bis zum 9. September und danach Gewährung des Freizeitausgleichs bis zum 31. Oktober.

Die hier angestellten Berechnungen basieren auf einer Darlegung der Senatsbildungsverwaltung. Diese sieht vor, dass BeamtInnen, die gemäß § 77 Abs. 4 Landesbeamtengesetz (auch vor Vollendung des 65. Lebensjahres!) auf eigenen Antrag zum 31.07. eines Jahres in den Ruhestand treten wollen, grundsätzlich den Freizeitausgleich erst nach den Sommerferien erhalten sollen. Da der Übergang in den Ruhestand aber nur zum Monatsende möglich ist und die Anzahl der zu gewährenden freien Tage nicht ausreicht, um vollständig von der Erteilung von Unterricht entbunden zu werden, sollen die verbleibenden Tage der Erteilung von Vertretungsunterricht dienen.

Ob die Senatsschulverwaltung derartige Anträge genehmigt, ist allerdings bisher noch nicht geklärt. *Holger Dehring*

## LOGBUCH AHOI! ODER: WER SAMMELT WAS?

Eigentlich ist alles klar: Für jede/n Beschäftigte/n gibt es eine Personalakte; die befindet sich in der Personalstelle; und es ist ziemlich exakt geregelt, was dort gesammelt werden darf und wer Einblicksrechte hat. Das Schulgesetz hat auch hier die Lage verkompliziert.

Und die Autoren haben auch hier nicht zu Ende gedacht. SchulleiterInnen haben zahlreiche neue Aufgaben hinzu bekommen. Zur korrekten Erfüllung dieser Aufgaben benötigen sie Informationen, die an der Schule selbst „irgendwie“ gesammelt werden müssen. Ich nenne nur zwei Beispiele:

- Präventionsgespräche: Allen Beschäftigten, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen krank sind, muss ein Präventionsgespräch angeboten werden. Also muss eine Schulleitung, die in der Regel die Präventionsgespräche durchführt, eine „Krankheitsliste“ führen.
- Dienstliche Beurteilung: Die Schulleitung benötigt exakte Informationen, wenn sie alle Vorgaben der AV Lehrerbeurteilung erfüllen will.

Wir alle kennen, z. B. aus personalrätlicher Tätigkeit, SchulleiterInnen, die schon immer in ihrem Schreibtisch kleine „Nebenakten“ geführt haben und diese bei Bedarf aus der Schublade zogen. Aber darum geht es nicht. Es geht um das allgemeine Problem, dass niemand genau weiß,

- was an der Schule gesammelt werden darf und was nicht,
- wie diese Informationen aufzubewahren sind,
- wer Einblicksrecht hat,
- wann und wie die Informationen wieder vernichtet werden,
- wer das kontrolliert und vor allem:
- wo die mögliche „Schnittstelle“ zwischen schulischen Daten und Personalakte ist.

Die SchulleiterInnen haben hier den gleichen Beratungsbedarf wie alle KollegInnen. Sie bewegen sich auf dünnem Eis und wissen das sehr wohl.

Hilfe von der Verwaltung gibt es dabei nicht. Der Hauptpersonalrat hat die Verwaltung angeschrieben und auf das Problem hingewiesen. Die Antwort von Ludger Pieper war nicht sehr erhellend: Man denke nicht daran tätig zu werden; der HPR möge doch bitte Vorschläge entwickeln, die werde man dann dankbar entgegennehmen und prüfen... Das in der Koalitionsvereinbarung aufgestellte Ziel, Schulaufsicht und Schulverwaltung mögen sich als Dienstleister für die Schulen verstehen, ist wohl noch nicht so richtig angekommen. Von der Spitze der Verwaltung ist also nichts zu erwarten.

Die Schulleitungen können aber nicht warten; sie müssen ihren Aufgaben nachkommen. Im Bereich der berufsbildenden Schulen wurde – gerade für die notwendige Datensammlung für dienstliche Beurteilungen – die Idee eines





Protestaktion der GEW BERLIN zum Auftakt der Tarifverhandlungen im Februar 2007.

FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT-BERLIN

„Logbuchs“ entwickelt. Die Schulleitungen bekamen eine grobe Handreichung mit einer Matrix, welche Informationen sie wie zu sammeln hätten. Der unverfängliche Name deutet schon auf den Zweck: keine Nebenakte, keine zweite Personalakte. Wenn jemand mit seiner Beurteilung unzufrieden ist, kann die Schulleitung anhand des „Logbuchs“ begründen, weshalb sie hier ein „B“ und dort ein „C“ angekreuzt hat.

Das Problem ist damit keineswegs gelöst. Der Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen hat sich anwaltlich beraten lassen. Die Aussagen sind klar:

- Sämtliche Anforderungen des Berliner Datenschutzgesetzes gelten auch für die an der Schule gesammelten Daten.
- Aus § 69 Schulgesetz (Stellung und Aufgaben der SchulleiterIn) lässt sich keine rechtliche Grundlage für die Führung eines „Logbuchs“ ableiten.
- Es ist Aufgabe der Dienststelle, eindeutige Regelungen zu entwickeln.

Wenn aber die Dienststelle sich – siehe oben – stur weigert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, muss man sie dazu treiben. Ich fordere alle Schulleitungen auf, dieses Problem immer und immer wieder vorzutragen und klare Regelungen einzufordern. Sie haben ein Recht auf Beratung und Unterstützung! (Und wenn die Verwaltung dem nicht nachkommt, dann soll sie sich doch gleich auflösen.) Und ich fordere alle

KollegInnen auf, an ihren Schulen konkret nachzufragen, dies zum Thema einer Gesamtkonferenz zu machen und sich bei Problemen sofort an den zuständigen Personalrat zu wenden.

Peter Sinram

## FÜR NEUE TARIFVERTRÄGE IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE

Aus Protest gegen die starre Haltung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg bei den Tarifverhandlungen weihten wenige Tage vor der Tarifverhandlung am 21. Februar kirchliche MitarbeiterInnen ein „Denkmal“ ein, das die Kirchenleitung daran erinnern soll, dass die Worte des eigenen Bischofs auch für die Kirche als Arbeitgeber gelten müssen (Foto oben). Gleichzeitig unterstützten die kirchlichen MitarbeiterInnen die Forderungen der Gewerkschaften GEW, GKD und ver.di nach Wiederinkraftsetzung des gekündigten Kirchlichen Manteltarifvertrages (KMT) und der ergänzenden Tarifverträge sowie nach Erhöhung der Löhne und Vergütungen um 5 Prozent und nach Abschluss einer Verhandlungsvereinbarung mit dem Ziel der grundsätzlichen Übernahme der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L).

Zum 31. Januar 2006 hatte die Kirche die bestehenden Tarifverträge für ihre rund 6.000 Beschäftigten gekündigt. Die Tarifverhandlungen torpedieren sie

seitdem mit Forderungen nach Absenkung der Gehälter um bis zu 20 Prozent, allgemeiner Erhöhung der Wochenarbeitszeit, zusätzlicher Flexibilisierung der Gehälter und Arbeitszeiten bei Finanzengpässen bzw. in „strukturell schwachen Gebieten“, Verkürzung der Kündigungsfristen und Abschaffung des besonderen tariflichen Kündigungsschutzes für langjährig beschäftigte MitarbeiterInnen. Inzwischen ist von den Gewerkschaften das Scheitern der Verhandlungsrunde erklärt und das Schlichtungsverfahren eingeleitet worden.

## PRIVATES SURFEN

Wer am Arbeitsplatz privat im Internet surft, gibt damit nicht ohne weiteres Anlass zur fristlosen Kündigung. Das machte das Landesarbeitsgericht (LAG) Rheinland-Pfalz in einer im Januar 2007 veröffentlichten Entscheidung (4 Sa 958/05) deutlich.

Die Richter gaben damit einer Kündigungsschutzklage einer Bürokauffrau statt. Sie hatte etwa eine Stunde im Monat privat den Internetzugang genutzt und war deshalb im Frühjahr 2006 vom Arbeitgeber fristlos entlassen worden. Die Richter vertraten die Auffassung, die Angestellte habe das Internet allenfalls mal kurzfristig genutzt, und dies sei vergleichbar mit gelegentlichen privaten Gesprächen im Kollegenkreis. (dpa)

# Frauen in der Wissenschaft – eine „unendliche“ Geschichte

## Was hält die Frauen fern von den Spitzenpositionen?

von Heidi Degethoff de Campos, Zentrale Frauenbeauftragte der TU Berlin



FOTO: PRIVAT

Seit rund 100 Jahren ist es Frauen in Deutschland erlaubt, die Hochschulreife zu erwerben und ein Studium an einer Universität aufzunehmen. Für dieses Recht hatten die Frauen der ersten Frauenbewegung gekämpft und sie haben es selbstbewusst in Anspruch genommen; sie wurden Lehrerinnen, Chemikerinnen, Nationalökonominnen etc. 1923 wurde Margarete von Wrangell als erste Frau auf eine ordentliche Professur an der Universität Hohenheim berufen. Unter dem NS-Regime wurde diese Entwicklung radikal gekappt – Frauen durften nur noch 10 Prozent der Studentinnen stellen und durchaus nicht in allen Disziplinen eine wissenschaftliche Karriere betreiben.

Diesen Einbruch zu überwinden, hat knapp 50 Jahre gedauert: Noch zu Beginn der 1990er Jahre lag der Anteil der Studentinnen in den verschiedenen Studiengängen bundesweit zwischen 3 und 30 Prozent, der Anteil der Professorinnen bei 5 Prozent, auf den höchstdotierten C4-Professuren bei 3 Prozent. Im Jahr 2006 beträgt er bundesweit knapp 14, in Berlin knapp 20 Prozent. Immer noch vergleichsweise wenig, wenn man bedenkt, dass der Anteil studierender Frauen seit mehreren Jahren schon um 50 Prozent pendelt. Immerhin aber eine Verdrei- bzw. Vervielfachung in gut 15 Jahren, wenn auch nicht endgültig zufrieden stellend. Die Frage ist vor diesem Hintergrund, warum noch immer so wenige Frauen auf den höchsten Positionen in den Hochschulen anzutreffen sind, obwohl sie nicht nur zahlenmäßig ausreichend vorhanden sind, sondern auch noch die besseren Abschlüsse machen. Mit anderen Worten: Was hält die Frauen fern von den Spitzenpositionen, von denen die Macht und Einfluss versprechen? Dazu gibt es schon seit Jahrzehnten Studien in Hülle und Fülle, die auf sehr unterschiedliche Weise sehr unterschiedliche Ergebnisse zutage förder-



Harte Nuss: Karriereleiter knacken. FOTO: IMAGO/BEGSTEIGER

ten: Während sozio-biologische Thesen die genetische Unzulänglichkeit von Frauen, Wissenschaft zu betreiben, feststellten, kamen soziologische und erziehungswissenschaftliche Studien zu der Erkenntnis, die weibliche Sozialisation sei für die Defizite der Frauen verantwortlich, andere wiederum thematisierten den männlichen Machtanspruch und die erfolgserprobten Seilschaften in den Machtkartellen.

Allen diesen Untersuchungen ist gemeinsam, dass sie den Blick auf die Frauen richten und das Problem ihrer Unterrepräsentation bei ihnen selbst suchen, der geringen Anzahl oder mangelnden Qualifikation der Frauen. Sie vermeiden damit, den Blick auf die Strukturen, die Institutionen und Fachkulturen zu richten, deren Ausschluss- bzw. Einschlussmechanismen sie zugleich ignorieren.

Denn: Wenn man die Karrierewege von Frauen und Männern in der Wissenschaft untersucht, sind wesentliche Unterschiede zu erkennen, wie Ayla Neu-

sel feststellt: Während auf den ersten Karrierestufen (Studienabschluss/ Promotion) die Frauen erfolgreicher sind als ihre männlichen Kollegen, kommt es auf dem Weg zur Habilitation zu Einbrüchen. Frauen erreichen später die Erstberufung als Männer und sie mussten laut ihrer eigenen Wahrnehmung erheblich höhere Leistungen erbringen, womit sie aber nicht die gleiche Anerkennung erreichten. An der mangelnden Qualifikation kann es also nicht liegen – vielmehr sind es strukturelle Barrieren, die den Aufstieg von Frauen erschweren.

Die Institution Hochschule weist in Deutschland – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – historisch und kulturell bedingte Strukturmerkmale auf, die die Karriere von Frauen erschweren bzw. fast unmöglich machen. Die frühe Professionalisierung von Forschung und Lehre hat nämlich schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem hohen Sozialprestige von akademischen Berufen und damit zu einer Elitebildung geführt, die verstärkt durch die Herrschaft des NS-Regimes zum Ausschluss von Frauen führten. Solche Ausschluss- bzw. Einschlussmechanismen lassen sich auch in den Fachkulturen finden, wie Petra Lucht am Beispiel der Physik nachweist: Weil Wissen im Rahmen von Forschungsprojekten gelehrt und gelernt wird, stellen sich innerhalb des sozial relativ informell gestalteten Ausbildungsvertrages persönliche Beziehungen her, die für den wissenschaftlichen Nachwuchs sehr wichtig sind. Aus diesen persönlichen Beziehungen lassen sich soziokulturelle Genealogien ableiten. Diese gleichen bei näherer Betrachtung mittelalterlichen Zünften. Das heißt, Fachkulturen werden als soziale Konstrukte entlarvt – was letztendlich die Frage aufwirft: Wie können die, die drinnen sind, sich dazu entschließen, die „anderen“ (z.B. Frauen) aufzunehmen? ■

# Promovieren mit Gütesiegel

Die Einrichtung der „Humboldt Graduate School“ (HGS) in Berlin.

von Jana Günther, Mitglied der Projektgruppe DoktorandInnen der GEW



FOTO: PRIVAT

Die Promotionsphase ist in Deutschland eine höchst individuelle Angelegenheit, denn es existieren neben hochschul- und länderspezifischen Unterschieden auch eine Vielfalt an „Promotionskulturen“ der jeweiligen Fächer. Aber endlich wird darüber diskutiert. Dies ist nicht zuletzt dem allseits bekannten Bolognaprozess zur Schaffung eines europäischen Bildungs- und Hochschulraumes geschuldet. Im Zuge der Exzellenzinitiative des Bundesforschungsministeriums rückte die Promotion zudem auf der direkten Umsetzungsebene der Hochschulen ins Blickfeld, denn eine Förderlinie des Wettbewerbs setzte ganz konkret an der Etablierung von Graduiertenschulen an.

Eine strukturierte Promotionsphase, verbunden mit sinnvollen Serviceangeboten zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen und der Möglichkeit sich in der wissenschaftlichen Community austauschen und etablieren zu können, ist eine durchaus wünschenswerte Entwicklung, da es keinen Überblick über die Anzahl und Art der Promotionen gibt. Die „erste Phase“ der wissenschaftlichen Arbeit ist demzufolge eine mehr oder weniger universitäre Grauzone. Die Einrichtung von Graduiertenschulen oder Graduiertenzentren als Dachinstitutionen ist deshalb bereits seit 2003 eine grundlegende Forderung der GEW.

## Gründung fakultätsübergreifender HGS

Auch die Humboldt-Universität zu Berlin entschloss sich Mitte letzten Jahres, eine fakultätsübergreifende Graduate School zu etablieren. Dies geschah sicherlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der nahenden Entscheidung im Exzellenzwettbewerb. Bereits im Juni 2006 lag den entsprechenden Gremien die Satzung einer „Humboldt Graduate School“ (HGS) vor, die in ihrer Rechtsform einer Zentraleinrichtung entsprechen sollte. Die wünschenswerte Initiative der HU wird in ihrem Engagement jedoch sofort getrübt, liest man die dar-

auf folgende Pressemitteilung (Nr. 109/2006): Hier heißt es nämlich ganz dem Exzellenzgedanken entsprechend: „An der Humboldt-Universität zu Berlin werden hervorragende Promotionsprogramme zukünftig durch die neu gegründete ‚Humboldt Graduate School‘ unterstützt“ und „als Dachorganisation für strukturierte Promotionsprogramme legt die ‚Humboldt Graduate School‘ hohe Qualitätsstandards für die Ausbildung an der Humboldt-Universität fest“. In einem Interview mit der *Berliner Zeitung* vom 26. Juli gab der Vizepräsident für Forschung der HU außerdem zu verstehen, dass die HGS dazu diene, die Promotionen an der Humboldt-Universität mit einem „Gütesiegel“ zu „versehen“.

## Etablierung der HGS durchaus fragwürdig

Der Vizepräsident deutete zwar an, dass an der Humboldt Universität auch die Situation der Einzelpromovierenden verbessert werden soll, wie dies allerdings konkret und kleinteilig umgesetzt werden könnte, blieb bis jetzt offen. Erst in der Novemberausgabe 2006 der Universitätszeitung HUMBOLDT erschien ein etwas aufschlussreicherer Artikel zur HGS, der insbesondere auf Ziele und konkrete Angebote eingeht. Die Koordinatorin der HGS beschreibt die Einrichtung hier als „Dachverband für Promotionsprogramme“, der die Graduiertenschulen der HU durch Dienstleistungen substantiell unterstützen. In der Planung sind laut der Koordinatorin „Trainingsangebote für wissenschaftliche Schlüsselkompetenzen, Hilfe bei Bewerbungsmanagement und Abrechnung, Unterstützung ausländischer Doktoranden und Promovierenden mit Kindern und ein Mentoringprogramm“.

Die Etablierung einer Graduate School, die sich als Zielgruppe jedoch ausschließlich an Promotionsprogramme wendet und damit explizit nur jene DoktorandInnen fördert, die bereits strukturiert promovieren, erscheint im Licht aktuel-

ler Debatten jedoch mehr als fragwürdig. Im Übrigen beträfe der Ausschluss nicht nur externe Promovierende sondern auch DoktorandInnen, welche sich über Stiftungsstipendien oder eine wissenschaftliche MitarbeiterInnenstelle finanzieren – und diese Gruppen machen den Löwenanteil der DoktorandInnen aus. Offen im gesamten Konzept der HGS blieben bis jetzt auch der Aspekt zur Förderung der Chancengleichheit in Wissenschaft und Lehre und die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Promovierende. Das HGS-Vorhaben irritierte demzufolge nicht nur einen Teil des Mittelbaus an der HU, sondern auch die studentische Statusgruppe, denn diese vertritt all jene Promovierenden, die nicht zum universitären Personal gehören und als so genannte „Promotionsstudierende“ eingeschrieben sind. Jene wirkten letztendlich auch zumindest ein Minderheitenvotum und eine aktive Diskussion um die Einrichtung und Gestaltung der HGS.

Die HGS ist in ihrer Umsetzung übrigens nicht die einzige fakultätsübergreifende Graduate School, die sich als Zielgruppe nur an bereits bestehende Kollegs und Promotionsprogramme wenden soll. Die Dahlem Research School (DRS) der FU und die Potsdam Graduate School (PoGS) sehen laut ihren Satzungen ähnliches vor. Sicherlich liegt dem Gründungsgedanken entsprechender Schools auch die Idee der Hochschulen zu Grunde, sich intensiver am Prozess der Promotion als erster wissenschaftlicher Leistung zu beteiligen. Die bloße Einrichtung jener durchaus sinnvollen Dachinstitutionen, welche ihre Angebote aber letztendlich nur an einen kleinen Teil Promovierender richten, wird wohl kaum eine wesentliche und nachhaltige Verbesserung der Promotionsphase erreichen. ■

Weiterführende Links: <http://hu-berlin.blogspot.com/>, [http://forschung.hu-berlin.de/wiss\\_nachw/hgs.html](http://forschung.hu-berlin.de/wiss_nachw/hgs.html), [http://www.gew.de/PG\\_DoktorandInnen.html](http://www.gew.de/PG_DoktorandInnen.html)

# Geschlechterreflektiertes Arbeiten

Gender Mainstreaming ist auch ein Thema für ErzieherInnen.

von Jens Krabel, Dissens e.V., Projektkoordinator

Im Oktober 2006 startete unter der Beteiligung von Partnerorganisationen aus Deutschland, Litauen, Norwegen, Spanien und der Türkei das vom EU-Berufsbildungsprogramm Leonardo Da Vinci geförderte Projekt „Gender Loops – Gender Mainstreaming Implementierungsstrategien für die Aus- und Fortbildung für ErzieherInnen“. Mit Gender Mainstreaming wird eine Strategie zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit bzw. der geschlechtlichen Gleichstellung bezeichnet. Die Bundesregierung hat sich unter anderem im Rahmen der EU vertraglich dazu verpflichtet, die Strategie des Gender Mainstreaming in jegliches politische und administrative Handeln einfließen zu lassen. Über unterschiedliche Gesetze, Regelungen und Vorgaben sind auch Fachschulen für ErzieherInnen und Kindertageseinrichtungen verpflichtet, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bzw. Mädchen und Jungen zu fördern und Gender Mainstreaming umzusetzen. So sind beispielsweise die Fachschulen für Sozialpädagogik in Nordrhein-Westfalen aufgefordert, ihren Studierenden eine umfassende Handlungskompetenz zu vermitteln, die die Fähigkeit zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne des Gender Mainstreaming mit einschließt. Kindertageseinrichtungen sind nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern (vgl. KJHG/SGB VIII § 9 Abs.3 von 1996).

## Ziel geschlechterreflektierter Pädagogik

Vorrangiges Ziel gleichstellungspolitischer Bemühungen im Bereich frühkindlicher Bildung sollte es sein, Kindern die Entwicklung offener Identitätsvorstellungen zu ermöglichen, die Raum las-

sen für ein vielfältiges Mädchen- und Junge-Sein. Kinder entwerfen im Verlauf ihres Aufwachsens häufig vereinfachende geschlechtliche Selbstbilder und richten ihr Verhalten daran aus. Dies ist eine Erklärung für das in Kindertageseinrichtungen oft zu beobachtende Phänomen, dass „Baecken“ in der Mehrzahl von Jungen und „Puppenecken“ meist von Mädchen aufgesucht werden.

ErzieherInnen haben jedoch durch eine geschlechterreflektierte pädagogische Bildungsarbeit die Möglichkeit, kindliche Bilder- und Vorstellungswelten vom Mädchen- und Junge-Werden zu erweitern. Sie benötigen dafür neben Reflexionsvermögen, Gender-Wissen, Gender-Analyse-Instrumenten und Materialien auch die Motivation und Bereitschaft zu einer geschlechterreflektierten Arbeit. Aus- und Fortbildungsinstitutionen für ErzieherInnen kommt bei der Vermittlung dieser Kompetenzen, Methoden und der Förderung einer entsprechenden „Arbeitsmotivation“ einer Schlüsselrolle zu.

## Ziele des Projekts Gender Loops

Das Projekt Gender Loops setzt sich das Ziel, die Themen „geschlechterreflektierte Pädagogik“, „Geschlechtergerechtigkeit“, „Mehr Männer in die Ausbildung!“ und „Gender Mainstreaming“ in der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen zu verankern. Im Verlauf des Projekts wird dafür ein Curriculum zur Umsetzung von Gender Mainstreaming entwickelt. Im Curriculum werden zum einen Informationen und theoretisches Hintergrundmaterial zur Geschichte, Bedeutung und dem Umsetzungsstand von Gender Mainstreaming in der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen in Deutschland, Litauen, Norwegen, Spanien und der Türkei beschrieben. Zum anderen werden auf der Ebene der Organisations- und Personalentwicklung und der inhaltlichen Ausrichtung des

Unterrichts Vorschläge und methodisch-didaktisches Material zur Umsetzung von Gender Mainstreaming vorgestellt. So werden beispielsweise praktische Methoden, Spiele, Materialien und Gender-Analyse-Instrumente für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen vorgestellt, die die Reflexionstätigkeit der ErzieherInnen in Hinblick auf Geschlechterfragen verbessern helfen. Weiterhin werden Strategien dokumentiert, die dazu beitragen können, den Anteil von Männern in der Ausbildung zu erhöhen. Ein anderer zentraler inhaltlicher Schwerpunkt des Curriculums wird in der Beschreibung eines Methoden- und Projektrepertoires liegen, das die Verzahnung von Lehre und Praxis über das Thema „geschlechterreflektierte Pädagogik“ ermöglicht.

Für die Verbreitung der Projektergebnisse sind unter anderem die im Rahmen von Gender Loops eingerichteten nationalen Fachbeiräte zuständig. Die GEW BERLIN ist im Beirat des deutschen Projektpartners Dissens e.V. vertreten und hat sich bereit erklärt, das Projekt fachlich zu begleiten und die Arbeitsergebnisse in das öffentliche Bewusstsein und in die eigenen Netzwerke weiterzutragen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die nur in Ansätzen entwickelte geschlechterreflektierte Bildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen die Entwicklung praktischer Ansätze und Methoden im Elementarbereich notwendig macht. Voraussetzung für eine professionelle Anwendung dieser Ansätze und Methoden sind aber gender-kompetente ErzieherInnen, die ein Interesse daran haben, durch ihre Arbeit die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern. Die Fachschulen für Sozialpädagogik bzw. Sozialwesen sind weiter gefragt, Studierenden diese Gender-Kompetenzen und das Interesse für Geschlechterfragen näher zu bringen. ■



FOTO: PRIVAT

Für weitergehende Informationen zum Projekt Gender Loops, siehe [www.genderloops.eu](http://www.genderloops.eu)

AB 17. MAI  
IM KINO!

VERKAUFEN SIE JETZT – BEZAHLEN SIE SPÄTER  
UNSERE WELT WIRD PRIVATISIERT



# DER GROSSE AUSVERKAUF

EIN FILM VON  
FLORIAN OPITZ



Rechtzeitig vor dem G8 Gipfel eröffnet **DER GROSSE AUSVERKAUF** einen neuen Blickwinkel auf die Themen Globalisierung, Privatisierung und die Auswirkungen auf uns alle.

Unterrichtsmaterial zum Film erhalten Sie unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de).

Bei Rückfragen oder Interesse an Schulvorführungen schicken Sie uns eine Mail an [ausverkauf@majestic.de](mailto:ausverkauf@majestic.de).

Zahlreiche Infos finden sie unter

[www.dergrosseauverkauf.de](http://www.dergrosseauverkauf.de)

# „Nicht am Kapitalismus verbeißen“

DGB-Diskussion über den Zustand der Welt.



FOTO: DGB

von Dieter Pienkny, Pressesprecher des DGB Berlin-Brandenburg

Lässt sich der Menschheitstraum von Frieden (auch mit der Natur), Gerechtigkeit und Wohlstand für alle in diesem kapitalistischen System noch erfüllen? Die Frage treibt nicht nur die Gewerkschaften bei ihren Verteilungskämpfen um, sondern auch in Diskussionsforen. Spätestens seit Begriffe wie „Klimawandel“ oder globale Erwärmung die Schlagzeilen der Zeitungen bestimmen, Al Gore, UN und Klimaforscher um die Trophäe „spektakulärste Cassandra aller Zeiten“ streiten, wächst in der Öffentlichkeit die Nachdenklichkeit über die Grenzen des Wachstums und die Robustheit unserer Natur. Seveso, Tschernobyl, Amor Cadiz waren Zeichen an der Wand. Aber diese Umweltkatastrophen schienen vermeidbare „Störfälle“ des Wirtschaftssystems. Ignoriert wurde über Jahrzehnte, dass dieser Kapitalismus systematisch Raubbau an der Natur betreibt und dabei enorme Ressourcen vergeudet. Die Natur war bisher offensichtlich in der Lage, sich immer wieder zu regenerieren. Damit scheint es nun vorbei zu sein. Globale Klimakatastrophen sind an der Tagesordnung und Vorboten einer Entwicklung, die den Planeten aus dem Gleichgewicht zu bringen droht.

Das Forum Neue Politik der Arbeit, eine Ideenwerkstatt des DGB Berlin-Brandenburg für Wissenschaftler und Gewerkschafter, ging in der Berliner IG Metall-Bildungsstätte Pichelsee der Frage nach, ob wir uns vom Kapitalismus wie wir ihn kennen, verabschieden müssten: Die „neoliberale Konterrevolution“ vernichtet Arbeitsplätze, baut soziale Standards ab und schränkt demokratische Partizipation ein, analysierte pointiert der emeritier-

te Politikwissenschaftler Elmar Altvater in seinem Referat, das anschließend diskutiert wurde. Doch sieht er, frei nach Hölderlin, in der Krise auch das Rettende heranwachsen: Es werde mit erneuerbarer Energie experimentiert, die genossenschaftliche Ökonomie treibe wieder Blüten, die „andere Welt“ wachse mit der Praxis sozialer Bewegungen im Inneren des Kapitalismus heran. Kapitalismuskritik und das Denken in Alternativen seien keine abstrakten Übungen mehr, so Altvater. Aufklärung tue not, da sich die Politik der ver-



führerischen Idee des Wachstums vergeschrieben habe: Wirtschaftswachstum solle alle Probleme lösen, von der kommunalen Finanznot bis zur Armut in der „Dritten Welt“. Doch dies sei ein Trugschluss. Der Philosoph Wolfgang F. Haug assistierte in der anschließenden

Diskussion mit der Anmerkung, laut einer Allensbach-Umfrage sähen sich zwei Drittel der Deutschen als Verlierer der Globalisierung. Alle Politiken, von Hartz IV bis zum Kombilohn, dienten letztlich dazu, die Defekte des Kapitalismus ausgleichen zu wollen.

Margret Mönig-Raane, stellvertretende Ver.di-Vorsitzende riet dem Forum, sich nicht „am Kapitalismus zu verbeißen“, sondern die eigenen Visionen dagegen zu setzen wie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität. Der Kapitalismus sei beeinflussbar, zum Beispiel durch Gesetze und die Entscheidungen von Konsumenten. In dieselbe Kerbe schlug Annelie Buntentbach, Mitglied im DGB-Bundesvorstand, die pragmatisch den Wissenschaftlern entgegen hielt, trotz Deregulierung und wachsendem Druck auf Gewerkschaften auf die Organisation kollektiven Drucks zu setzen, zum Beispiel indem Gewerkschaften sich stärker um die Millionen prekär Beschäftigter kümmerten. Neoliberale Erklärungsmuster seien inzwischen in die gesellschaftliche Normalität eingezogen, da müssten auch die Gewerkschaften stärker gegensteuern mit ihren politischen Ideen und Alternativen.

Es sei ein „politikwissenschaftliches Trauerspiel“, so Altvater, den „Sankt Kapitalismus als Weltsegen“ anzusehen. Denn die zahllosen, zur Sicherung von Rohstoffen geführten Kriege offenbarten, dass die neue globalisierte Weltordnung ein „Imperium der Barbarei“ sei. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus allein sorgten jedoch noch nicht für ein Zerschlagen des Systems, wohl aber könnten die Grenzen der Natur die Dynamik des globalen Kapitalismus abbremsen.

# Der große Ausverkauf

Für unsere Mitglieder: Kostenlose Voraufführung des Filmes am 29. April.

## GEW Kultur

Ein britischer Lokführer, eine philippinische Mutter, ein südafrikanischer Aktivist und die Bürger einer bolivianischen Stadt: Sie kämpfen bereits gegen das, was uns alle erwartet: den Großen Ausverkauf. *Der große Ausverkauf* ist ein packender Dokumentarfilm über ein sehr komplexes Thema. In vier Erzählsträngen bringt er dem Zuschauer das abstrakte und umstrittene Phänomen „Privatisierung“ über Porträts von Menschen aus verschiedenen Kontinenten nahe.

## Privatisierung hautnah

Für Minda in Manila, Bongani in Soweto und Simon in Brighton ist Privatisierung weit mehr als ein abstraktes Phänomen. Es ist die traurige und oft lebensbedrohliche Realität, mit der sie sich Tag für Tag herumschlagen müssen. In seinem episodischen Dokumentarfilm beschreibt Florian Opitz die Folgen der Privatisierung öffentlicher Dienste, die Menschen weltweit – oft von internationalen Institutionen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds – aufgezwungen wird. Trotz der geografischen Ferne der geschilderten Porträts, werden die Parallelen zu den wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Deutschland schnell sehr deutlich und der Film macht klar: das Thema Privatisierung betrifft uns alle.

Bongani ist mit seinem Team von „Guerilla-Elektrikern“ auf den Straßen des südafrikanischen Townships Soweto unterwegs, um die Häuser derer wieder ans Stromnetz anzuschließen, die zu arm sind, ihre Stromrechnungen zu bezahlen. Seit der Privatisierung der ehemals staatlichen Stromversorgung sind diese um ein Vielfaches gestiegen.

Der britische Lokführer Simon erzählt vom Zustand der Eisenbahn in Großbritannien, seitdem die staatliche British Rail unter Premierministerin Thatcher privatisiert wurde. Zahllose neue private Eisenbahnfirmen, die „in einer Regelmäßigkeit kommen und gehen, die aus dem Fahrplan längst verschwunden ist“



## MAJESTIC

und ein marodes Schienennetz, das bereits zu tödlichen Unfällen geführt hat, sind die Folgen.

Minda lebt in einem philippinischen Slum. Zweimal in der Woche muss sie Geld für die Dialyse ihres Sohnes aufreiben, da das Gesundheitssystem auf den Philippinen zu einem großen Teil privatisiert wurde und armen Menschen auch bei schweren Erkrankungen keine medizinische Versorgung gewährt wird, wenn sie nicht dafür bezahlen können.

Die Bürger Cochabambas, der drittgrößten Stadt Boliviens, kämpfen wütend gegen einen US-Konzern, der die Wasserversorgung der Stadt unter seine Kontrolle gebracht hat und die Trinkwasserpreise auf ein Viertel des durchschnittlichen monatlichen Gehalts der Einwohner hochgetrieben hat. Doch auch „die andere Seite“ kommt zu Wort. Diejenigen, die Privatisierungen befürworten und für die Lösung aller wirt-

schaftlichen Probleme halten – und dabei vor allem westlichen Konzernen den Zugang zu profitablen, ehemals staatlichen Monopolen in anderen Ländern sichern. Vertreter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, ebenso wie Manager von privatisierten Konzernen, die in einer anderen Welt zu leben scheinen als die Protagonisten des Films.

Joseph E. Stiglitz, Professor, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften kennt beide Welten. Er hat die Schaltstellen der Weltwirtschaft inzwischen verlassen und kämpft seither als Kronzeuge gegen die vorherrschenden neoliberalen Glaubenssätze. Er macht auf einprägsame Art deutlich, woher das Dogma der Privatisierung kommt und wer davon profitiert. ■

Filmstart ist der 17. Mai 2007, weitere Infos unter [www.dergrosausverkauf.de](http://www.dergrosausverkauf.de). Wir präsentieren den Film in Kooperation mit UCI KINOWELT und dem MAJESTIC Verleih in einer Preview am 29. April. Mitglieder der GEW BERLIN können bis zu zwei Kinokarten kostenlos bei uns bestellen. Die Preview findet statt am Sonntag, dem 29. April 2007, um 12.30 Uhr im Kino UCI KINOWELT/Zoopalast in der Hardenbergstraße 29. Unterrichtsmaterial zum Film unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

# Frischer Wind

## Da können die Greise im Kollegium nur schlucken...

von Gabriele Frydrych

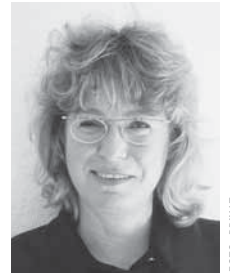


FOTO: PRIVAT

Schulen riechen nach Moder und Angstschweiß. Unsere Schule aber nicht! Leichter Maiwind weht durch die Flure, es duftet nach Jasminblüten und frischer Wäsche. Ausgeglichenen Lehrer lustwandeln durch die Klassen und beugen sich hilfsbereit über freundliche Schüler, die in ihre Freiarbeit vertieft sind. Zufriedenheit und Lebensfreude umwehen den Besucher, der das Schulgebäude betritt. Wie das?

Wir haben drei junge Kollegen bekommen! Endlich haben frischer Wind und neuer Geist, Innovation und Tatkraft Einzug gehalten! Die Presse überschlägt sich: Die weibliche Neuerung ist noch keine 30 Jahre alt! Weil die vielen Journalisten im Schulgebäude doch eher störten, hat der Direktor eine Pressemappe herausgegeben, worin der detaillierte Lebenslauf der jungen Frau steht, ihre zwei Kinder und ihre pädagogischen Ideen vorgestellt und jede Menge Fotos angeboten werden. Natürlich haben die drei Neuen nicht die miese klassische Lehrerausbildung absolviert. In den letzten Jahren wurde häufig zu Recht festgestellt, dass es an der Uni niemanden gibt, der Lehramtsstudenten lebensnah auf ihren Beruf vorbereiten könnte. Eine Praxisoffensive im Studium wurde von einem arroganten Professor mit der Begründung abgelehnt, man würde nicht deshalb zum guten Lehrer, nur weil man möglichst frühzeitig den „Schlendrian irgendeiner Praxis“ erlebe. Geschickt verschleiern viele Hochschullehrer – gefangen in pädagogischen Parallelwelten –, dass sie selber keine Erfahrung mit heterogenen Lerngruppen, Gewaltprävention und praktischer Psychologie haben. Woher auch? Wer an die Uni geht, möchte sich ja gerade nicht mit dem schnöden Alltag befassen.

Die Außenwirkung unserer Schule profitiert enorm von den jungen Kollegen. Bei den Neuanmeldungen standen

die Eltern bis zur nächsten Straßenkreuzung Schlange. Denn zu der erfreulichen Verjüngung unseres Kollegiums kommt hinzu, dass die beiden anderen Jungkollegen Männer sind. MÄNNER!!! Leitbilder und Idole für unsere Knaben! Und beide sind Sportlehrer! Sie klettern noch eigenhändig Seile hoch und rennen wie die Hasen. Da können die Greise im Kollegium nur schlucken.

Unsere jungen Kollegen sind Quereinsteiger. Anderen Lehrernachwuchs gibt es kaum noch. Studieren mussten sie



nicht. Die junge Frau war Animateurin in verschiedenen Ferienclubs und ist im Umgang mit anspruchsvollen Kindern geübt. Der eine Jungmann war Ausbilder bei der Bundeswehr und der andere Zobeljäger in Sibirien. Sie haben das neue Schnellläufer-Referendariat absolviert und sich sämtliche methodischen Tricks und Kniffe so im Vorübergehen angeeignet. Der Inhalt wird sich später schon irgendwie finden. Diese Form des Referendariats wird von einer privaten Management- und Coaching-Agentur angeboten, ist aber nicht ganz billig. Dafür nimmt die Zahl der innovativen Methoden stündlich zu. Ein besonders Highlight ist der Kurs „Tägliches Messen und Wiegen im Schulalltag“.

Die Kinder laufen den neuen Kollegen ständig mit ihren Poesiealben und Fußbällen („bitte, bitte, ein Autogramm!“) hinterher. Sie wollen alle in die neuen Arbeitsgemeinschaften: „Fallschirmspringen“, „Überlebenstraining mit natürlicher Ernährung“ (Regenwürmer, Moose und Flechten), „Bühnen- und Talkshow-Präsentation“. Der ehemalige Bundeswehrmann hätte gern eine Waffensport-AG angeboten, aber das hat ihm die Schulrätin zu unserem Bedauern untersagt. Die wird aber bald pensioniert. Dann werden wir weitersehen. Eine Warteliste für den Kampf-Kurs gibt es schon.

Morgens, vor Unterrichtsbeginn, streichen verdächtig viele Lehrer um den Schulkopierer herum. Manchmal vergisst einer der Neuen dort ein Arbeitsblatt oder händigt es großzügig einem gierigen Altkollegen aus. „Was? Du hast keine Erfahrung mit Mind-Mapping?“ Fast streicht der junge Mann dem Fachleiter mitleidig über die Glatze. Er kann es nicht glauben, dass manch seniler Uraltkollege noch mit einem Lehrbuch arbeitet. Unser Schulleiter hat im Eingangsbereich eine große Glaskabine mit einem Podest aufstellen lassen, mit



Schreibtisch, Computer und Sessel. Auf dem Podest muss sich jeder der Neulinge eine vorgeschriebene Zeit ausstellen lassen. Eltern und Schüler stehen in dicken Trauben davor. „Sieh mal, ein junger Lehrer. Ob der überhaupt echt ist? Doch, der bewegt sich!“ Die neuen Kollegen müssen nur acht Stunden pro Woche unterrichten. Man will sie nicht gleich verheizen. Zehn Stunden muss jeder von ihnen mit uns Supervision und Team-Teaching machen. Die Neuen gehen mit besonders starrsinnigen Alten in die Klassen und führen vor, was zeitgemäßer Unterricht ist. „Freies Lernen für freie Kinder!“ Menschen über Vierzig haben bekanntlich keine Ideen mehr. Die über 50jährigen kann man ohnehin vergessen. Wir sind alle in Routine erstarrt und benutzen immer noch dieselben verblichenen Arbeitsblätter aus der eigenen Schulzeit. Keiner von uns hat jemals eine Fachzeitschrift oder einen Fortbildungskatalog angerührt. Seit unserer Verbeamtung haben wir jegliche geistige Tätigkeit eingestellt. Jeder pfuscht hinter fest verschlossenen Türen vor sich hin, und im Lehrerzimmer tauschen wir uns allenfalls über preisgünstiges Rei-

sen und Tennisschläger aus. Aber doch nicht über Pädagogik! Wir wollen einfach nicht wahrhaben, dass sich die Schüler in den letzten hundert Jahren geändert haben und dass die Methoden viel, viel wichtiger als irgendwelche Inhalte sind.

So reagierten wir Alten auf alles Innovative zunächst sehr widerspenstig, und die Junglehrer hatten es ganz schön schwer, uns frischen Wind in die Ohren zu blasen. Mittlerweile schauen wir ihnen andächtig zu und jede Menge ab. Keine Stunde ohne Beamer, Smart Board und laminierte Lernkärtchen. Ein riesiges Kreativitätspotential hat sich im Lehrerzimmer und in allen Klassenräumen aufgetan. Die Kompetenzen aller Beteiligten wachsen mit jeder Minute, wir Lehrer überbieten uns im Evaluieren und Setzen von Standards. Jeder Kollege hat ein eigenes Schulprogramm erarbeitet. Unsere Mathe-Ergebnisse haben sich um 500 Prozent gesteigert! Einmal in der Woche führt die Schulleiterin ausländische Gäste durch unsere Hallen. Die junge Kollegin konnte letztes die Meute knipsender Japaner kaum abschütteln.

Was gäbe das für einen Ruck im Bildungswesen, wenn all die pädagogischen Senioren und Bremser endlich verschwänden. Und nicht nur dort. Stellen Sie sich junge, dynamische Menschen in der Politik vor: Kaum den Windeln entwachsen, regieren sie souverän unsere Republik. Denen würden Sie doch viel eher Ihr Vertrauen schenken als diesen ganzen alten Säcken. Gehen Sie in der Gemeinschaftspraxis nicht auch viel lieber zu dem Frischling aus dem Pathologie-Seminar? Was kann Ihnen Ihr verkalkter Hausarzt schon an Kompetenz und Wissen bieten? Der junge Zahnarzt bohrt viel schwungvoller und unbekümmerter als sein faltiger Chef. Selbst beim Friseur suche ich mir immer die Lehrlinge aus, die haben wenigstens kreative Ideen. Lieber eine kahle Stelle am Kopf als diesen altmodischen Meisterhaarschnitt!

Hätten sich die deutschen Frauen ständig vermehrt, könnten sich überall junge Kräfte tummeln. So sind leider noch viel zu viele Schüler vom Fortschritt abgeschnitten. Junge Lehrer braucht das Land. Sofort! Dann klappt es auch mit PISA. ■

ANZEIGE

Debeka Ihre Krankenversicherung



www.debeka.de

map-report

März 2006

Platz 1

„Jahrgäng hervorrangende Leistungen“  
und Bestnote, „servicestärkster Versicherer“  
im Vergleich von Krankenversicherungen

## Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

Debeka  
Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstelle Berlin:  
Dominicusstraße 14  
10823 Berlin  
Telefon (030) 78 80 60

Debeka

Erfahren. Sicher. Günstig.

# Der Zukunft beraubt

Internationale Organisationen bekämpfen gemeinsam die Kinderarbeit.

von Nancy Knickerbocker, Bildungsinternationale (BI)



Mülldeponie bei Manila, Philippinen

FOTO: INTERNATIONAL LABOR ORGANIZATION (ILO)

**B**erge von Müll, soweit das Auge reicht. Darüber kreisen Geier. Die Hitze ist erdrückend. Der Staub erschwert das Atmen. Und über dem Ganzen ein gewaltiger Gestank. Überall kämpfen schmutzige Kinder um Stücke von Plastik, Karton oder Glas, die für ein paar Cent wiederverwertet oder verkauft werden könnten. Ihre Mütter, häufig mit einem Baby an der Brust, sorgen sich um ihre Sicherheit. Die großen Mülltransporter fahren ohne Rücksicht auf die kleinen Müllsucher, die schnell unter die Räder kommen könnten.

Donatella Montaldo wurde außerhalb von Guatemala City Zeugin dieser Zustände, wo sie Familien dabei unter-

stützte, ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. „Diese Mülldeponie war ein abscheuliches, in sich geschlossenes Universum“, erinnert sie sich. „Es war surreal. Man möchte nicht glauben, dass so etwas tatsächlich existiert.“ Tatsächlich aber existieren Mülldeponien dieser Art auch in vielen anderen Städten der Welt, sagt Montaldo, die sich jetzt für eine Neuauflage der BI-Kampagne gegen Kinderarbeit engagiert.

## Millionen Kinder können nicht zur Schule

Kinderarbeit findet oft im Verborgenen statt, deshalb gibt es keine genau-

en Zahlen darüber, wie viele Kinder weltweit arbeiten müssen. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass es weltweit 218 Millionen arbeitende Kinder und 100 Millionen arbeitende Jugendliche gibt. Im Jahr 2006 veröffentlichte die ILO ihren Globalen Bericht zur Kinderarbeit. Demnach müssen Millionen von Kindern nicht nur arbeiten, sondern sind zusätzlich systematischer Gewalt an ihrem Arbeitsplatz, körperlicher oder verbaler Misshandlung, sexueller Belästigung, Vergewaltigung und sogar Mord ausgesetzt.

Besonders in privaten Haushalten arbeitende Kinder und Jugendliche werden häufig zu Opfern willkürlicher Ge-

walt. Kinder und Jugendliche verrichten in der so genannten informellen oder „schwarzen“ Wirtschaft gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeiten, z.B. in Minen, auf Plantagen, in Glasfabriken oder Mülldeponien und leiden unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Der Bericht empfiehlt, gegen die der Kinderarbeit zu Grunde liegenden wirtschaftlichen und kulturellen Ursachen anzugehen. Es soll für Bildung und alternative Existenzgrundlagen sowie für eine soziale Mobilisation geworben werden, die die Einstellung zu Gewalt gegenüber Kindern am Arbeitsplatz verändert. Im Rahmen des Internationalen Programms zur Abschaffung von Kinderarbeit (IPEC) wurden im letzten Jahr mehr als 70 Millionen Dollar für Projekte in 86 Ländern ausgegeben.

Bildung ist ein Schlüsselwerkzeug im weltweiten Kampf gegen die Geißel Kinderarbeit. Deshalb hat die ILO die Bildungsinternationale (BI) eingeladen, sich an dem weltweiten Projekt zum Thema Kinderarbeit und Bildung für alle zu beteiligen. Für die BI ist diese Verbindung zwischen Kinderarbeit und „Bildung für alle“ (Education for All, EFA) ein wichtiger Schritt nach vorn. Denn was würde aus den Hoffnungen auf eine bessere Zukunft von Kinderarbeitern ohne Zugang zu guter Bildung für alle? Partner der Projektgruppe sind UNESCO, UNICEF, UNDP, Weltbank und „Global March Against Child Labour“, die die Zusammenarbeit verbessern und ihre Anstrengungen gegen Kinderarbeit in nationale Bildungspläne einfließen lassen wollen.

Die Auswirkungen der AIDS-Pandemie müssen im Strategieplan ebenfalls berücksichtigt werden. Ende 2005 waren mehr als 15 Millionen Kinder AIDS-Waisen. Das Risiko dieser Kinder, die Schule verlassen zu müssen, um zu überleben oder um jüngere Angehörige zu versorgen, ist sehr hoch. Zehntausende von Lehrern, speziell in Afrika, wurden ebenfalls Opfer dieser Pandemie, und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Bildungssysteme, die darauf reagieren sollten, wird dadurch weiter geschwächt. Vorbeugung und Beobachtung sollen Kinderarbeit verhindern, indem die Kinder davon abgehalten werden, die Schule zu verlassen.

### Erfolg durch Zusammenarbeit

In Marokko hat das „Syndicat National de l'Enseignement“ (SNE-FDT) in fünf Schulen der Stadt Fez eine Initiative zur Verhinderung von Kinderarbeit gestartet, mit der 3.000 Kinder und ihre Fami-



Streichholzfabrik in Indien

FOTO: INTERNATIONAL LABOR ORGANIZATION

lien erreicht werden sollten. Die Gewerkschaft hat gute Arbeitsbeziehungen mit dem Bildungsministerium, mit Gemeindeverwaltungen und lokalen Nichtregierungsorganisationen aufgebaut. Das Ergebnis? Eine erstaunliche, 90-prozentige Senkung der Schulabbrecherquote an allen fünf Schulen. Diese hervorragenden Ergebnisse haben zu weiteren Plänen zur Fortsetzung und Ausweitung der Initiative geführt.

In Albanien haben die „Trade Union Federation of Education and Science“ (FSASH-TUFESA) und die „Independent Trade Union of Education of Albania“ (SPASH-ITUEA) in einer Reihe von Initiativen gegen Kinderarbeit zusammengearbeitet: Kompetenzförderung und Ausbildung für Mitglieder, Lobbyarbeit und Interessenvertretung, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit, Programme mit Lehrkräften und arbeitenden Kindern. Sie organisierten auch ein regionales Seminar, an dem mehr als zehn Gewerkschaften aus der Region teilnahmen.

Im Zentrum der Interessen der BI wird im Jahr 2007 die Ausweitung der Beobachtung von Kinderarbeit weltweit stehen. Ein Projekt zur Kartografierung von Kinderarbeit wird Aktivisten ein klares Bild der Sektoren oder Formen

von Kinderarbeit in unterschiedlichen Bereichen vermitteln, sowie von den Anstrengungen der Bildungsgewerkschaften, Kinder in der Schule zu halten. ■

Übersetzung von Karin Gaines. Weitere Informationen: [ilo.org](http://ilo.org) und [globalmarch.org](http://globalmarch.org)

ANZEIGE

## Darlehen

für Beamte, Angestellte und Arbeiter des ö. D.

### Zur Verwendung für:

- Ablösung teurer Altkredite
- Ausgleich des Girokontos
- Hypothekendarlehen
- Nachrangdarlehen
- Umschuldungen
- Barauszahlung

**Festzins - niedrige Raten - lange Laufzeiten**

**Vertrauensvolle zügige Abwicklung**

## IM & KA GmbH

Warendorfer Str. 57, 48145 Münster

Tel: 0251 - 374 04 91

Fax: 0251 - 374 04 92

Mobil: 0172 - 868 75 42

[service@imundka.de](mailto:service@imundka.de)

[www.imundka.de](http://www.imundka.de)

# No-Go-Areas für deutsche Jugendliche

Wie die Filme „Knallhart“ und „Wut“ ausländerfeindliche Emotionen schüren.

von Ine Kayser, Lehrerin i. R.

Alltägliche Gewalterfahrungen bei Jugendlichen in Gegenden mit hohem Migrantenanteil, die Statistik sagt, dass der Anteil von ausländischen Jugendlichen an Gewaltdelikten steigt – das sind Tatsachen. Beide Filme thematisieren dieses Problem und wurden hoch gelobt. Der ARD Fernsehfilm „Wut“ bekam kürzlich sogar eine Goldene Kamera. Bei dem Kinofilm „Knallhart“ von Detlev Buck ist es zunächst schwierig, zu durchschauen, wie hier Meinung gemacht wird, weil Familien-, Schul- und Kiezalltag zunächst glaubwürdig abgebildet werden. Um die Story zu konstruieren, wird die Realität zurechtgestutzt: So sitzt Erol, der brutale türkische Schläger, der weder Eltern noch Verwandte zu haben scheint, mit 17 Jahren und als Vater von Zwillingen noch in einer Hauptschulklasse. Realistisch? Dort trifft Michael, der gerade mit seiner Mutter aus einer Zehlendorfer Arztvilla herausgeworfene deutsche Junge auf ihn und wird zu seinem Opfer.

## Selbstjustiz wird gerechtfertigt

Die ausländerfeindlichen Emotionen ruft der Film besonders durch die völlig unterschiedliche Darstellungsweise seiner beiden Kontrahenten hervor: Während Michael unser Mitgefühl und Verständnis erweckt, weil wir sehen, wie der arme Kerl von seiner Mutter im Stich gelassen wird, durch das Hin und Her nirgends richtig zu Hause ist, und auch noch ein bisschen kindlich unter all diesen Mackertypen wirkt. Wer will ihn da verurteilen, wenn er als Drogenkurier einen Weg sucht, sich stark und von dem Drogenboss vor den gewalttätigen türkischen Mitschülern geschützt zu fühlen? Michael wird als Produkt und Opfer der Verhältnisse dargestellt.

Ganz anders bei Erol: er erscheint als Verkörperung des Bösen, nichts erklärt seine Gewalttätigkeit und die seiner Clique, er scheint eine angeborene Freude daran zu haben, Schwächere zu quälen. Dass auch er aufgrund seiner Erfahrungen so geworden ist, bleibt aber ausge-

klammert. Die Darstellung des Count-Down ist dann konsequent. Als Michael durch den Drogenboss gezwungen wird, Erol umzubringen, wird nur gezeigt, wie Michael mit sich ringt, wir leiden nur mit ihm, nicht mit dem am Boden liegenden Erol, der weiß, dass er gleich erschossen wird. Der wird auch gar nicht mehr ins Bild gebracht, wir haben gar keine Chance, Mitgefühl mit ihm zu entwickeln. Beim Zuschauer entsteht das Gefühl: um diesen teuflischen Typ ist es nicht schade. Armer Michael, der ihn erschießen muss!

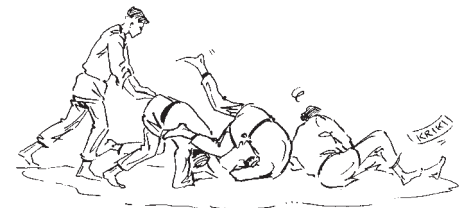
So ist der Plot konstruiert, der deutsche Michael kann nur überleben, indem er den türkischen Widersacher umbringt – das soll Realismus sein? Das wirkt als gesellschaftspolitische Aussage, die sich der Regisseur bestimmt gar nicht so klar gemacht hat.

Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass es in dem Film keine einzige positive (männliche) Figur mit Migrationshintergrund gibt. Auch die meisten Deutschen kommen in dem Film schlecht weg, aber die Mutter scheint am Schluss doch zu begreifen, dass sie sich mehr um ihren Sohn kümmern muss, und unterstützt werden beide durch einen netten deutschen Polizisten, der sich in die Mutter verliebt hat. Ein weiteres Wohnen in Neukölln neben den Freunden und Verwandten dessen, den man gerade (gezwungenermaßen) getötet hat, ist natürlich undenkbar. Die Sympathieträger verlassen den Bezirk. Die Botschaft: ein friedliches Leben in „ausländerdominierten“ Bezirken geht nicht.

## Das Monster muss weg

Auf die Spitze getrieben wird diese Botschaft in dem Fernsehfilm „Wut“, in dem die Dämonisierung des Bösen in Gestalt eines türkischen Jugendlichen absurde Formen annimmt. Um die Botschaft herüberzubringen, wird eine Szenerie entwickelt, die jeglicher Realität entbehrt: eine deutsche Professorenfamilie mit schickem Haus und parkartigem

Garten mit großem Swimmingpool wohnt in der Nähe des Görlitzer Parks, der Sohn trifft ständig auf die gewalttätige Türkenclique. Das wird Fernsehzuschauern als Kreuzberger Realität verkauft! Der türkische Jugendliche wird mit seinen Gewalt- und Gemeinheitsorgien hier noch mehr dämonisiert. Der Film suggeriert, dass gegenüber solchen Dämonen (die hier bis in die Hörsäle unserer Universitäten vordringen, man stelle sich das vor), Selbstjustiz angebracht ist. Ein deutscher Mechaniker schlägt



NO-GO-AREA ROLLBERG-KIETZ

Can zusammen, da nach seiner Aussage der Staat offensichtlich nicht im Stande sei, solche Typen hinter Schloss und Riegel zu bringen. Auch hier wird der Dämon am Schluss umgebracht. Nachdem wir uns endlos ansehen mussten, wie die deutsche Familie mit brutalem Sadismus gequält wird und als Zuschauer mit den Opfern der Gewalt leiden, wird niemand traurig sein, dass dieses Monster ausgelöscht wird.

Kaum jemand wird sich hinstellen und dies als Weg propagieren, wie mit dem Problem von Gewaltbereitschaft bei Migrantenjugendlichen (was ist eigentlich mit der brutalen Neonaziszene?) umzugehen ist. Die Filme weisen aber in die Richtung: die Täter müssen beseitigt werden, und stimmen das Publikum emotional darauf ein.

Ich finde es wichtig, diese oder ähnliche Filme im Unterricht einzusetzen, aber eben nicht als Abbild der Realität, sondern um mit kritischem Blick zu erkennen, was hier gewollt oder ungewollt propagiert wird und Möglichkeiten zu diskutieren, miteinander friedliche Formen des Zusammenlebens weiterzuentwickeln. ■

# Traumberuf Ingenieurin

## Wie Mädchen nicht-deutscher Herkunft den Girls'Day erleben.

von Almut Borggrefe, Landesskoordination Girls'Day

Der Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag als jährlicher Aktionstag spricht Mädchen ab Klasse 5 an, um ihnen Einblicke in frauentypische Berufsfelder zu ermöglichen. Die umfangreiche Evaluation des Girls'Day ist um einen wesentlichen Aspekt bereichert worden. Die Teilnehmerinnen des Aktionstags wurden erstmals nach ihrer Nationalität gefragt. Die Auswertung kann also für das Jahr 2006 Aufschluss darüber geben, wie Mädchen mit Migrationshintergrund den Girls'Day erleben. Welchen Einfluss nimmt er auf ihre Berufswahl? Eine große Datenbasis von 9.200 ausgewerteten Fragebögen stand zur Verfügung. Dabei gab etwa jede zehnte Teilnehmerin an, sie hätte eine nichtdeutsche (5 %) oder doppelte (5,3 %) Staatsangehörigkeit.

Die Nationalitäten-Liste der Girls'Day-Teilnehmerinnen ist so vielfältig wie die Schülerinnen in den Klassenzimmern der Bundesrepublik. Die größten Gruppen, die an der Auswertung teilgenommen haben, sind Mädchen türkischer (27 %), russischer (12 %), italienischer (8 %) und polnischer (7 %) Herkunft.

### Die Schülerinnen sind begeistert

Die Schülerinnen beurteilen den Girls'Day überaus positiv: 90 Prozent finden ihn sehr gut oder gut – da spielt die Herkunft keine Rolle. In der konkreten Umsetzung wird das Bild differenzierter: Die Mädchen wurden gefragt, ob sie am Girls'Day Berufe kennen gelernt haben, die sie interessieren. Das trifft für knapp 40 % der Schülerinnen mit nicht-deutschem Pass zu, bei den deutschen sind es deutlich mehr, fast 46 %. Auch die Neigung, ein Praktikum oder eine Ausbildung in dem besuchten Betrieb zu absolvieren, ist bei den Mädchen mit Migrationshintergrund deutlich schwächer ausgeprägt, nur knapp 32 % sind dafür offen. Die Bereitschaft zum Praktikum ist bei den befragten türkischen (31,9 %) und polnischen (31,3 %) Schülerinnen dabei höher als

bei den italienischen (27,6 %) und russischen (28,6 %). Bei den Mädchen mit deutschem Pass ist diese Bereitschaft mit über 41 % hingegen sehr hoch. Wenn aber die Mädchen am Girls'Day etwas für sich entdeckt haben, dann sind sie voller Begeisterung: Die Aussage, „Ich habe heute meinen neuen Wunschberuf gefunden“, bestätigen 4 % der deutschen, aber doppelt so viele der nicht-deutschen Mädchen. Dabei sind die türkischen Mädchen mit über 10 % am meisten überzeugt und möglicherweise in einer neuen beruflichen Realität angekommen.

### Tendenzen bei der Berufswahl

Geschlechterklischees sind in den Köpfen vieler Girls'Day-Teilnehmerinnen zu finden, ein wenig ausgeprägter bei den Mädchen mit Migrationshintergrund. Die Aussage „Jungen sind eher für Technik begabt“ findet beispielsweise nahezu die Hälfte von ihnen (44,9 %) zutreffend, von den deutschen Schülerinnen nur 38 %. Dagegen stimmen der Behauptung: „Frauen eignen sich für technische Berufe wie Männer“ die Schüle-

rinnen mit Migrationshintergrund mit großer Mehrheit zu (70,3 %), die Zustimmung bei den Mädchen mit deutschem Pass ist sogar noch größer (77,6 %).

Ihre eigene berufliche Zukunft sehen Mädchen mit Migrationshintergrund stärker in den frauendominierten Bereichen Medizin und Pflege, Verkauf und Beratung sowie Kunst und Design. Aber ihr Interesse an Multimedia- und IT-Berufen, an Handwerk und Ingenieurberufen ist nicht geringer, manchmal sogar ausgeprägter als bei den Mädchen mit deutschem Pass. Auch hier unterscheiden sich die verschiedenen Nationalitäten wieder signifikant. Während sich 25 % der türkischen Mädchen ein Berufsziel im medizinisch-pflegerischen Bereich vorstellen können, sind es nur 15,8 % der Italienerinnen. Hingegen können sich 20,9 % der polnischen Mädchen einen Ingenieurberuf vorstellen. Damit liegen sie weit über dem Durchschnittswert der Gesamtheit von 15,5 %.

Diese Vielfalt des Girls'Day können die AkteurInnen vor Ort bestätigen. Die Eberhardt-Klein-Oberschule mit Schülerinnen ausschließlich nicht-deutscher Herkunft gewann den Berliner Girls'Day-Preis 2006. Vor allem die engagierte und erfolgreiche Elternarbeit wurde ausgezeichnet. Im Elterncafé der Schule bereiteten viele Mütter und Väter den Aktionstag mit vor. Sie wollten mehr über den Mädchen-Zukunftstag erfahren. Mütter begleiteten ihre Töchter auf ihre Girls'Day-Veranstaltungen und bekamen vor Ort einen Eindruck von den Berufen und von der betrieblichen Realität. Dass der Girls'Day Perspektiven eröffnen kann, das ist auch die Hoffnung der Eltern. Die Phantasie, neue Berufe für die Zukunft zu entdecken, ist auf jeden Fall geweckt. ■



Der Girls'Day kann für viele Mädchen neue Perspektiven eröffnen.

FOTO: GIRLS'DAY



## AUS DEM STEINBRUCH VON NEUKÖLLN

Seiner Vergangenheit als böser 68er schwört man heutzutage besser ab. Nicht so Brigitte Pick. Sie bekennt sich zu ihren „Jugendsünden“ und weiß auch noch, warum. 36 Jahre lang arbeitete sie ganz bewusst im pädagogischen Steinbruch, war Lehrerin und Rektorin an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Man wünschte vielen Politikern nur ein bisschen von ihrer Erfahrung und Welt-sicht – Bildungspolitik müsste sich sofort verändern!

In ihrem Buch „Kopfschüsse“ stellt die Autorin scharfe soziale Analysen, witzige bis triste Erlebnisberichte, sarkastische Kommentare und interessante Quellentexte zur Rütli-Schule zusammen. Wo es um ihre Schülerinnen und Schüler geht, schreibt sie verständnisvoll und zugewandt. Wer hier hinter die Kulissen schaut, versteht, warum manche zu „Problemfällen“ werden, die an Haupt- und Sonderschulen landen, obwohl einige von ihnen Abitur machen könnten. Ihr Alltag sei von Beleidigungen und Demütigungen geprägt. Picks schulisches und außerschulisches Engagement war beachtlich. Manche Kollegen empfanden diesen intensiven Umgang mit Schülern allerdings eher als „Anbiedern“... Jede Verweigerung eines Schülers hätte aber Hintergründe, nach denen man fragen müsse. Jugendliche bräuchten feste Regeln und Autoritäten, aber kein „autoritäres Gehabe und feige Indifferenz“. Gerade diese Jugendlichen wollen ernst genommen werden. Das allerdings fiel Lehrern schwer, die zwangsweise an Hauptschulen versetzt werden und alles tun, um dort wieder

wegzukommen. Niemand geht freiwillig an die Hauptschule, kein Schüler und kein Lehrer, meint die Autorin. Als junge Lehrerin hatte sie fest damit gerechnet, dass mit dem Entstehen der Gesamtschulen die Hauptschulen abgeschafft würden. Das vergaßen die damaligen Reformer leider.

Wenn es um Gesellschaft und Bildung geht, wird Pick drastisch und böse. In keinem anderen Land der Welt selektiere Schule so schamlos wie in der Bundesrepublik – allerdings nicht nach Intellekt, sondern eher nach Abweichung von der Norm. Schule sei eine reine Zwangsveranstaltung, und Zwang stoße eben auf Widerstand. Dort, wo noch Zugangschancen vermittelt würden, funktioniere Schule einigermaßen. Jugendliche aber, auf die weder Ausbildungsplatz noch Arbeit warten, verweigerten sich, würden aggressiv und „unbeschulbar“. Als intelligente Lösungen schlagen fähige Politiker u.a. „Arbeitslager“ vor...

Disziplinprobleme an der Rütli-Schule, die nur ein Symbol für viele andere Schulen im Lande ist, gibt es übrigens nicht erst, seit in Neukölln der Migrantenanteil so hoch ist. Der Schriftsteller Bosetzky wird zitiert, der in den Nachkriegsjahren Rütli-Schüler war. Er erinnert sich an Gewalt und Straßenschlachten genauso wie an Erpressung und „Abziehen“, nur dass es damals nicht so hieß und die Schüler alle deutscher Herkunft waren. Besonders lehrreich ist das letzte, historische Kapitel des Buches, das die Rütli-Schule als Reform-schule in der Weimarer Republik beschreibt, aus deren Schülerschaft viele Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime hervorgingen.

Heute ist Rütli ein Schlagwort, das in der ganzen Republik schallendes Gelächter oder leisen Grusel hervorruft, je nachdem, ob man gerade Kabarett oder fingierte Gewaltszenen im Fernsehen goutiert. Brigitte Pick hätte sich nicht zu Wort gemeldet, hätte es im vergangenen Jahr nicht den „Brandbrief“ ihrer ehemaligen Kollegen und den darauf einsetzenden Medienrummel gegeben, der sich in Chatrooms zu offener Fremdenfeindlichkeit steigerte. Diesen Brandbrief sieht Pick als pädagogischen Offenbarungseid. Andererseits war diese Offenbarung nötig, um zum Hinsehen zu zwingen. Auf einmal fanden sich Gelder und Hilfsmaßnahmen, die vorher zu Picks Amtszeit nicht zur Verfügung standen. Natürlich ändert sich nichts an der aussichtslosen Lehrstellersituation der Schüler, bloß weil es jetzt T-Shirts mit Rütli-Emblem, Tanzveranstaltungen oder einen arabisch sprechenden Sozialarbeiter gibt.

„Seit 37 Jahren habe ich das Elend gesehen und erlebt. Ich versuchte zu verbessern, zu ändern und im Elend zu helfen, so gut es in meinen Kräften stand. Als Leiterin der Schule wollte ich verantwortlich sein für ein freierliches Leben und Lernen. Nach 37 Jahren in der Schule weiß ich nunmehr, dass sich nichts ändert, weil sich nichts ändern soll.“

Aus ihren roten 68er-Fahnen hat Pick im vorigen Sommer Strandtaschen und Sonnenschirme genäht. *Gabriele Frydrych*

*Brigitte Pick: „Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen“, VSA Verlag Hamburg, 184 Seiten, 14,80 Euro, März 2007*

## PRIVATISIERUNGSREPORT

### TEIL 3 ERSCHIENEN

Die GEW wendet sich gegen eine Abwertung pädagogischer Arbeit sowie die Privatisierung öffentlicher Bildungskosten. Damit diese Forderungen nicht allzu abstrakt bleiben, hat die GEW Ende Februar den dritten Teil der Reihe „Privatisierungsreport“ veröffentlicht. Unter dem Titel „Unternehmen Schule: Von Billig-Lehrern, Schülerfirmen und Public Private Partnership“ geht es um Ein-Euro-Jobs, Schülerfirmen und Public Private Partnerships.

Der erste Teil des Privatisierungsreports greift die Themen Schul-sponsoring, Lernpartnerschaften und Elternbeiträge als Beispiele dafür auf, wie öffentliche Kosten auf Firmen und Eltern verlagert werden, wie Schulen schleichend kommerzialisiert werden und wie sich der Einfluss privater Firmen auf Schule und Bildung vollzieht. Der zweite Teil zeigt auf, wie Stiftungen und Konzerne in die Schulen vordringen und Bildungsaufgaben übernehmen oder in den Freiräumen Märkte abstecken, die die öffentliche Hand durch ihren Rückzug eröffnet hat.

Weitere Hefte sind in Planung: zur Regelung eines weltweiten Bildungsmarktes (GATS – „General Agreement on Trade in Services“), zum Umbau der Hochschulen, zu Privatschulen wie zur Kommerzialisierung im Bereich Kindertagesstätten. Zur Privatisierung im Bildungswesen werden uns die Themen nicht so schnell ausgehen.

Die drei Broschüren sind als PDF-Datei unter [www.gew.de/Dritter\\_GEW-Privatisierungsreport\\_erschiene.html](http://www.gew.de/Dritter_GEW-Privatisierungsreport_erschiene.html) und in begrenzter Auflage auch in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN erhältlich. ■



## AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Das **Tiyatrom** spielt „*Keloglan. Der Taugenichts*“ in deutscher und türkischer Sprache (ab 4). Die bunt-bewegte Inszenierung mit viel Musik transponiert den Dummling des Märchens in eine (immer noch märchenhafte) Pseudo-Realität mit kräftiger, überdeutlicher Moral.

Eine besondere Premiere im **Grips**. Mit der Gasag als Sponsor wurde eine „*Autorenförderung*“ realisiert; über 90 Entwürfe von jungen AutorInnen gingen ein; sechs wurden ausgewählt und – wie es zu Grips passt – in eine gemeinsame Arbeit hineingeholt, eine mehrtätige Autorenwerkstatt am Theater! Zwei Preisträger wurden ausgewählt; in szenischen Lesungen wurden ihre Entwürfe bereits vorgestellt. Grips wird mit ihnen zusammen die Stücke bis zur Uraufführung weiter entwickeln – das erste wird noch in diesem Jahr Premiere haben.

**Thikwa** hat Texte aus der Sammlung Prinzhorn zu einer Szenenfolge zusammengestellt. „*Anwesend. Aufgehoben. Lebenszeichen aus der Anstalt*“ ist aber mehr als das. Durch die klar gliedernde Inszenierung und die geschickte Nutzung einfacher Ausdrucksmittel (wenige, aber kräftige Farben, tänzerische Bewegung, ein vielfach chorisch geführtes, spielfähiges Ensemble, eine kommentierende und

gleichzeitig die SpielerInnen führende Musik) werden Einblicke möglich in phantastische Welten, in seltsam vertraute singuläre Denkvorgänge – absurd und komisch, rührend und ernst.

„*Two Fish*“ überzeugt mit einer Idee. Das Konzept eines einstündigen Solo-Tanzstücks wird von sechs sehr unterschiedlichen Choreographen/Regisseurinnen in eine je eigene Fassung übersetzt und in den **Sophiensälen** einzeln und schließlich zusammenfassend in einem Marathon gezeigt. - Ebenfalls in den Sophiensälen die Jugendtheatergruppe „*Jugendbewegung*“ mit „*Die Vergangenheit der Zukunft*“ – eigentlich gedacht als eine Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihren „*Zukunftsvisionen*“; aber: „*Zukunft scheint für Jugendliche selbst gar kein so brennendes Thema*“ (aus dem Programmzettel). Die Aufführung ist also eher eine Verweigerung; das wird szenisch sehr deutlich in allgemeinen Reflexionen zu Zukunft und Vergangenheit. Die Verweigerung wird jedoch nicht expliziert; die Jugendlichen nehmen keine Stellung zu ihrer Abstinenz. Das heißt: auch das Persönliche der eigenen Verweigerung wird nicht preisgegeben. Faszinierend dabei, wie in dem weithin chorischen Spiel im uniformen Outfit mit den jeweils gleichen Requisiten ganz deutlich die Individualität

**INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE**  
 WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN  
**Pädagogik allein reicht oft nicht!**  
 Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.  
[www.musiktherapieberlin.de](http://www.musiktherapieberlin.de)  
 INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

**Institut für Gruppendynamik**  
**Supervisionsgruppen**  
 für Lehrerinnen und Lehrer  
 Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)  
 Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)  
 Kantstr. 120/121, 10625 Berlin  
 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

**Burnout – Mobbing Depression**  
**Beratung und Psychotherapie**  
 Dipl. Psych. Doris Junk  
 alle Kassen  
 Tel. 030 / 31 01 73 51

**Supervisionsgruppe**  
 für Lehrer/innen hat noch freie Plätze  
 Info: **Ina Kaufmann**  
 Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)  
 Tel: 030/ 693 68 90, e-mail: [Kaufmann.Ina@web.de](mailto:Kaufmann.Ina@web.de)

**Brauchen Sie eine Pause?**  
 Atmen - Fasten - Nordic Walking  
 Dagmar Schätzle  
 Lehrerin, Atempädagogin nach Middendorf,  
 Fastenleiterin, NW-Trainerin  
[www.dagmarschaetzle.de](http://www.dagmarschaetzle.de)  
 Tel. 030/89096467/Wilmersdorf

**(Ver-)Änderungen selbst gestalten**  
*Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen*  
 Gestalt-Organisationsberaterin,  
 Dipl. Soz. Päd. Petra Gansicke-Voss  
 Tel.: 030-82 70 68 33

**KLINIK NIKOLASSEE**  
 Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie  
 Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom
- Schlafstörungen
- Schmerzzustände/ Fibromyalgien

24-Std. Akutaufnahmen! ☎ **030 / 803 09 10**  
 14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · [www.klinik-nikolassee.de](http://www.klinik-nikolassee.de)

**Von hier an geht es aufwärts!**  
**HOTLINE: 07221/39 39 30**

**Klinik am Leisberg**  
 BADEN-BADEN

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!  
**Indikationen:** Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen  
**Kostenübernahme:** Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

**76530 Baden-Baden**  
 Gunzenbachstr. 8, Fax: 07221/39 39 350 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

Privatklinik für psychologische Medizin  
 Mit Fachabteilung für Essstörungen

aller Spielerinnen sichtbar wird – ihre intensive momentane Gegenwärtigkeit.

„Romeo und Julia“ im **Hau 1** überfordert die Schauspieltruppe (die zu keinem einheitlichen Spielstil findet), den Regisseur (der zumeist nur grobe Aktionen arrangiert) und vor allem den Übersetzer und Bearbeiter, der die beiden verfeindeten Familien als Türken und Deutsche agieren lässt, sie aber weder sozial noch sprachlich oder kulturell differenziert und das Stück in einer Irgendwie-Gegenwart ansiedelt. Das ist jammerschade; gerade in Kreuzberg bzw. Berlin wäre es wichtig, präzise auf das Mit- und Gegeneinander unterschiedlicher Kulturen einzugehen, den Zusammenstoß von Zivilisationen ernst zu nehmen und nicht lediglich einen Franziskaner durch einen Hodscha zu ersetzen.

Hans-Wolfgang Nickel

## THEATER

### Ballhaus Ost: Die Liebe – ein Grimmical

Die Liebe, das Märchen und die Musik – drei traumhafte Lebensbegleiter, die ehernen Gesetzen unterliegen und doch vom Moment des Irrationalen geprägt sind. Grimmsche Märchenfiguren durchwandern das heutige Berlin und erleben die Liebe auf ihre persönliche Weise: als Schicksal, Illusion, kapitalistisches Marketingkonstrukt, unerfüllten Traum oder Inbegriff der Sehnsucht. Die musikalisch-spielerische Inszenierung versucht mit Klischees und Stereotypen das Genre „Märchen“ zu brechen und eine assoziative Perspektive auf kulturelle und traditionelle Sichtwei-

sen zu ermöglichen. Vorstellungen für Schulen (für SchülerInnen ab 12 Jahren): 14.+15. Mai, jeweils 11 und 14 Uhr. Didaktisches Begleitmaterial für LehrerInnen erhältlich. Kontakt: [www.ballhausost.de](http://www.ballhausost.de) oder Siglinde Lang 01 77-4 81 40 76.

### Treffen der Kinder- und Jugendtheater in Berlin

Vom 2. bis 7. Mai findet das Deutsche Kinder- und Jugendtheater-Treffen „Augenblick mal!“ in Kooperation mit dem **Theater an der Parkaue** in Berlin statt. Zwölf Inszenierungen wurden aus über 100 Stücken ausgewählt und nach Berlin eingeladen. Acht weitere Aufführungen sowie Diskussionen und ein Fest erweitern das Programm des Treffens. Für Erwachsene kostet der Eintritt 11 Euro, für Kinder und Jugendliche 7 Euro. Das Programm und weitere Infos zum Ticketverkauf finden sich unter [www.augenblickmal.de](http://www.augenblickmal.de), Bestellung per Telefon (030) 55 77 52 51, -52, -53 oder per Fax (030) 55 33 495 oder per E-Mail [augenblickmal@parkaue.de](mailto:augenblickmal@parkaue.de)

## FORTBILDUNG

### Gewerkschaftliche Bildung

In folgenden Seminaren der GEW BERLIN sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- Rhetorik II [071-S-40], 19.-21.04., Zechlinerhütte, für alle Mitgliedergruppen und Vertrauensleute, (Voraussetz. Rhetorik I), offen für Nichtmitglieder, Kosten: 100 Euro, Nichtmitglieder 400 Euro.
- Jahrestagung der AG „Junge Frauen“ [071-S-43], 21.04., GEW-Haus, für junge Frauen in der GEW Berlin, Kosten: keine
- Fit für Funktionsstellen [071-S-49], 26.04., 15.30-19.00 Uhr, GEW-Haus, für LehrerInnen (nur Mitglieder), Kosten: keine

## LÄDEN OHNE KASSE

Seit Januar 2002 gibt es in Berlin-Mitte im Hausprojekt Brunnenstraße 183 den **Umsonst-Laden**. Er versteht sich als eine praktische, umweltfreundliche Alternative zur Konsumgesellschaft. Das Prinzip ist einfach: Viele Leute haben Dinge, die sie nicht mehr gebrauchen können oder wollen. Andere Menschen wiederum suchen vielleicht genau diese Dinge, können sie sich aber nicht leisten. Wenn die Dinge noch gebrauchsbereit und in Ordnung sind, können sie einfach in die Umsonst-Läden gebracht werden, anstatt sie nutzlos im Schrank stehen zu lassen oder wegzuworfen. Andere Menschen suchen hingegen genau diese Dinge. Sie kommen einfach in den Laden und nehmen sie mit. Dazu müssen sie weder etwas tauschen oder bezahlen. In den sogenannten **MedienPoints** geht es dagegen ausschließlich um Bücher, CDs, DVDs, Videos, Spiele und Puzzles. Der **MedienPoint Pankow** bietet eine sehr professionelle Beratung und geht mit einem thematischen Büchertisch auch gern in die Schulen. Mit der benachbarten Thomas-Mann-Oberschule gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit. Alle genannten Läden eignen sich nach vorheriger Absprache auch gut für Besuche mit Schulklassen. Zum **MedienPoint Spandau**, der umfangreichsten Einrichtung dieser Art in Berlin, kommen regelmäßig auch LehrerInnen aus Spandauer Schulen. Sie wählen für ihre Klassen geeignete Literatur aus und verteilen sie anschließend an interessierte SchülerInnen. Unabhängig von den vom Kulturring Berlin e.V. betriebenen **MedienPoints** betreibt der **Berliner Büchertisch e.V.** auf dem 2. Hof am Mehringdamm 51 einen Buchladen als selbsttragendes Projekt. Dieser Laden ist sehr gut sortiert und lädt insbesondere SchülerInnen zum Besuch ein, die der Literatur noch fernstehen. Die regelmäßig durchgeführten Lesungen zählen zu den Höhepunkten im Kreuzberger Kulturleben. Wer lesenswerten Büchern ein neues Zuhause geben will, ist in allen genannten Einrichtungen willkommen. Größere Bestände werden nach Vereinbarung auch abgeholt. Adressen: Medienpoint Pankow (Senefelder Str. 13), Di und Fr von 10.00 bis 18 Uhr / Medienpoint Schöneberg (Crellestr. 9), Mo bis Fr 9 bis 18 Uhr / Medienpoint Spandau (Seegfelder Str. 35), Di bis Do von 9 bis 17 Uhr / **Medienpoint Tempelhof** (Schulenburgstr. 5), Mo bis Fr 9 bis 18 Uhr / Berliner Büchertisch (Mehringdamm 51), Mo bis Fr 9 bis 19 Uhr / Medienpoint Friedrichshain (Helsingforser Str. 39) Mo bis Fr 9 bis 18 Uhr / Umsonstladen Berlin (Brunnenstr. 183) Mo, Mi, Do, Fr 15 bis 18 Uhr.

Joachim Dillinger



ANZEIGE

## Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

**Papierfassung: 57 Euro\* · CD-Rom: 47 Euro\***

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62



\*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr  
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten



VOM OSCAR®PRÄMIERTEN REGISSEUR VON  
„DAS GEISTERHAUS“ UND „FRÄULEIN SMILLAS GESPÜR FÜR SCHNEE“

**EIN BILLE AUGUST FILM**

NACH DEN MEMOIREN DES GEFÄNGNISWÄRTERS  
VON NELSON MANDELA

# GOODBYE BAFANA

JOSEPH FIENNES      DENNIS HAYSBERT      DIANE KRUGER

WEITERE INFORMATIONEN UND  
HINTERGRÜNDE ZUM FILM UNTER  
[WWW.GOODBYEBAFANA-DERFILM.DE](http://WWW.GOODBYEBAFANA-DERFILM.DE)

ARS MM

Banana films

XFILME  
CREATIVE POOL

XVERLEIH  
WWW.X-VERLEIH.DE

57. Internationale  
Filmfestspiele  
Berlin  
Wettbewerb

22. FRIEDENSFILMPREIS  
INTERNATIONALE  
FILMFESTSPIELE BERLIN

CINEMA FOR PEACE  
AWARD 2007  
BESTER REGISSEUR

Unterrichtsmaterial steht zum Download auf der GEW-Website bereit.

**Schulvorstellungen möglich!**

Kontaktieren Sie uns unter [vertrieb@x-verleih.de](mailto:vertrieb@x-verleih.de) oder 030-269 33 620

- Tipps, Tricks und Erfahrungen rund um das Referendariat [071-S-51], 04.-06.05., Erkner, für BewerberInnen und LehramtsanwärterInnen aus der jungen GEW, offen für Nichtmitglieder, Kosten: keine, Nichtmitglieder 50 Euro.

- Professionelle Gesprächsführung [071-S-54], 11.-12.05., GEW-Haus, für Mitglieder in Leitungsfunktionen und solche, die beruflich viele Gespräche führen müssen, offen für Nichtmitglieder, Kosten: 50 Euro, Nichtmitglieder 150 Euro.

- Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe [071-S-58], 24.05., 10-17 Uhr, GEW-Haus, für KollegInnen aus dem Bereich Kinder- und Jugendhilfe, auch aus Schulen, offen für Nichtmitglieder, Kosten: keine

- „Wie schaffe ich meinen Schulalltag?“ [071-S-60], 31.05.-01.06., GEW-Haus, für KollegInnen aus Schulen, offen für Nichtmitglieder, Kosten: 50 Euro, Nichtmitglieder 180 Euro.

- JÜL: Unterricht in heterogenen Lerngruppen der Klassen 4-6 [071-S-61], 02.06., 10-16 Uhr, Rudolf-Wissell-Grundschule, für LehrerInnen mit Interesse an jahrgangsübergreifendem Unterricht, Kosten: keine

- Rechtsextreme in Berliner Parlamenten [071-S-64], 06.06., 17-20 Uhr, GEW-Haus, für LehrerInnen, LehramtsanwärterInnen, SozialpädagogInnen, offen für Nichtmitglieder, Kosten: keine, Nichtmitglieder 10 Euro.

Mehr Informationen im Internet unter <http://www.gew-berlin.de> (Veranstaltungen / Seminare) Anmeldungen schriftlich an: Geschäftsstelle der GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, per E-Mail unter [info@gew-berlin.de](mailto:info@gew-berlin.de), per Telefon im Sekretariat zu den üblichen Geschäftszeiten unter 030 / 21 99 93 0, per Fax unter 030 / 21 99 93 50

## MATERIALIEN

### Rechtsratgeber „Homo migrans“

In Berlin sind binationale Partnerschaften normaler Bestandteil unserer interkulturellen Gesellschaft. Rund 25 Prozent der Ehen, die in Berlin geschlossen werden sind binationaler Natur. Von den 2.000 in Berlin „eingetragene Lebenspartnerschaften“ sind fast 50 Prozent als binationale Partnerschaften von den Standesämtern getraut. Der gerade erschienene Rechtsratgeber „Homo migrans“ richtet sich speziell an gleichgeschlechtliche binationale Paare und Lebenspartnerschaften sowie an schwule bzw. lesbische MigrantenInnen und informiert über Fragen zur Einreise, zum Aufenthalt, zur Einbürgerung und Ausweisung als LebenspartnerIn. Die wesentlichen rechtlichen Informationen sind in die Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Russisch und Arabisch übersetzt worden. Die Broschüre kann bestellt werden über: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Broschürenstelle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin. Als PDF-Datei erhältlich unter [http://www.berlin.de/sen/familie/gleichgeschlechtliche\\_lebensweisen/index.html](http://www.berlin.de/sen/familie/gleichgeschlechtliche_lebensweisen/index.html)

### Das können wir doch auch!

*Wie Schulen in Deutschland mit Heterogenität umgehen:* Es gibt nicht nur in Finnland gute Schulen. Auch bei uns erleben wir viel Unterricht mit einer neuen Lernkultur, Lehrkräfte, die nicht mehr an die Fiktion der homogenen Lerngruppe glauben das

Lernen ihrer SchülerInnen individualisiert haben, um deren Stärken zu fördern und deren Schwächen auszugleichen. Der Film (52 min) von Paul Schwarz, der im Auftrag der GEW entstanden ist, ist jetzt auch DVD erhältlich. Der Film zeigt zahlreiche anregende Beispiele aus dem Unterricht aller Schularten und Erziehungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Berufsbildenden Schule, wie mit heterogenen Lerngruppen erfolgreich gearbeitet werden kann. Auch die Lehrerausbildung in Köln und Hamburg kommt im Film vor. Binnendifferenzierung, individualisiertes Lernen, eigenverantwortliches Arbeiten der SchülerInnen und Schüler und der Aufbau von Helfersystemen im Klassenraum sind die entscheidenden Weichen für einen verbesserten Unterricht.

Die Filmkapitel: Altersmischung – Leistungsunterschiede – Fördern statt ausgrenzen (Behinderte Kinder) – Kulturelle Vielfalt als Chance (Migrationskinder) – Fördern statt sitzen bleiben. Der Film kostet konfektionierte 18,00 Euro plus Versandkosten. Zu bestellen über [Pamela.Pankotsch@gew.de](mailto:Pamela.Pankotsch@gew.de)

### „Ohne Deutsch kann du hier nichts machen“

Sprachförderung für Migrantenkinder. Ein bundesweites Projekt der Stiftung Mercator. Eine Million Kinder und Jugendliche aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte sind in deutschen Schulen benachteiligt. Es ist bisher nicht gelungen, die schulischen Leistungen der Migrationskinder an das durchschnittliche Niveau der deutschen Schüler heranzuführen. Die fehlenden Bildungschancen haben verheerende soziale und wirtschaftliche Folgen. Unter dem Titel „Ohne Deutsch kann man hier nichts machen“ hat der Pädagoge und Filmemacher Paul Schwarz bundesweit Schulen besucht und den Förderunterricht für Migrantenkinder mit seinem Kamerateam begleitet. Neben zahlreichen Migrantenkindern kommen u.a. Bundespräsident Köhler, Bundeskanzlerin Merkel, SPD-Chef Kurt Beck, Staatsministerin Böhmer und der PI-SA-Chef der OECD Andreas Schleicher zu Wort. Gedreht hat Schwarz in Berlin, Dortmund, Köln, Essen und Leipzig, gedreht vom Teil in Schulen, wo es keinen deutschen Schüler mehr gibt. Die DVD mit Lang und Kurzfassung (65 und 35



BESUCHT DAS  
**Anti-Kriegs-Museum**  
IN BERLIN-WEDDING  
BRÜSSELER STR. 21  
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)  
TEL.: 454 90 110  
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG  
TEL.: 402 86 91  
TÄGLICH GEÖFFNET  
von 16.00 - 20.00 UHR **Eintritt frei**

min) kostet mit Booklet 15 Euro plus Versandkosten. Kontakt: [Schwarzpaul@tonline.de](mailto:Schwarzpaul@tonline.de) oder Tel. 0 63 41 / 96 05 83

## AKTIVITÄTEN

### Ganz weit weg

Die Erlebnis-Ausstellung des *Labyrinth-Kindermuseums* „Ganz weit weg – und doch so nah“ ist bis zum 26. August 2007 verlängert worden. Mit der interaktiven Ausstellung unternehmen Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren eine Reise zum Zuhause anderer Kinder in der Welt. Anmeldungen für Schul- und Kindergruppen an Vor- und nachmittagen sind also weiterhin möglich. Weiter Infos über Tel. 49 30 89 01 oder [www.labyrinth-kindermuseum.de](http://www.labyrinth-kindermuseum.de)

## INTERNET

**www.welttag-des-buches.de** führt zu den Angeboten, die die Stiftung Lesen und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels zum Welttag des Buches am 23. April plant.

**www.jugendkulturservice.de** führt zur Internetseite des Jugendkulturservices mit Links und Adressen vieler Berliner Kinder- und Jugendtheater.

## STELLENBÖRSE

**Dringend!** Kleiner Verein sucht dringend Lehrkräfte für Lesen und Schreiben e.V. Berlin. Nur Honorarbasis, 15 Stunden pro Woche. Tel: 030 6 87 40 81

## ANZEIGEN

### Wer vorne steht, braucht Rückenstärkung!

Privatcoachings und Gruppen bei Angst, Burnout, Mobbing

Griff Sarina Kirsch Dipl.Päd./ Coach  
Tel.: 03362/299863  
Mail: [GriffKirsch@web.de](mailto:GriffKirsch@web.de)

### SUPERVISION

für schule und lesbische LehrerInnen und ErzieherInnen

### Helmut Weigand

Dipl. Handelslehrer/Supervisor

Tel: 030-6 27 18 21

[www.helmut-weigand.info](http://www.helmut-weigand.info)



Tel. (030) 30 30 83-0  
**BUSART-TOURS**  
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam! GmbH  
[www.busart-tours.de](http://www.busart-tours.de)  
[info@busart-tours.de](mailto:info@busart-tours.de)  
Württembergallee 2 | 14052 Berlin  
Fax (030) 303083-55

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
**Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter** Vorortberatung wählbar alles kostenfrei  
 35-jährige Beraterkompetenz

Beamendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Ltz., bei 30 000,- €, mtl. \*342,- €, bei 60 000,- €, \*684,- € Rate, \*jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Ltz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Ltz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Ltz. 20 Jahre. Kürzere Ltz. bei Gewinnanteilsverrechnung. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**  
 Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei

# KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

**KLASSE REISEN GmbH**  
 Würtembergallee 2 • 14052 Berlin  
 Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77  
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:  
 ☎ 030-303083-6

## Studienreisen/Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
<b>Wien</b>	ÜF 192,- Euro	<b>Südenland</b>	Ü 213,- Euro
<b>Budapest</b>	ÜF 192,- Euro	<b>Toskana</b>	Ü 202,- Euro
<b>London</b>	ÜF 254,- Euro	<b>Südfrankreich</b>	Ü 230,- Euro
<b>Prag</b>	ÜF 199,- Euro		
<b>Paris</b>	ÜF 224,- Euro		
<b>Rom</b>	ÜF 238,- Euro		

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)



Alle Ausflugsfahrten inklusive!

Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

**REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN**  
**TELEFON (023 06) 7 57 55-0 • FAX (023 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de**

**www.koegelreisen.de**  
 Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10  
 Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

**HOF LUST**  
 Miteinander statt Gegeneinander  
**Klassenfahrt auf Reiterhof sinnvoll anders gestalten**

Außer Reiten bieten wir ein spielerisches Training und Gemeinschaftserlebnis basierend auf den 30 Menschenrechten der Vereinten Nationen an. Ein ausführlicher Wochenplan und DVD kann angefordert werden. Mo-Fr. Vollpension und Reiten 140,- €, nur Menschenrechtsprogramm 125,- €, Menschenrechte und Reiten 160,- €

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

**Locke-Service-Büro**  
 Reisen und Service in & um Berlin für Gäste und Gruppen  
 Madeira Wandern 10 Tage ab 1255 €  
 Comera Wandern & Relaxen ab 1359 €  
 Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

**LockeToursBerlin**  
 Bundesallee 115 12161 Berlin  
 Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

**RÜCKENPROBLEME?**  
 www.Naturheilpraxis-City-West.de  
 Holsteinische Str. 22 (Wilmerdorf)  
 Tel. 8 61 49 71

**www.italia-casale.de**  
 Die Ferienhaus-Spezialisten für Italien  
 030.308 204 08 • Manteuffelstr. 5a • 12203 Berlin

## Venedig-Cavallino

Kultur und Strand zum Superpreis  
 5 Tage Busreise ab € 111



**www.cts-reisen.de/topangebote** Tel. 05261 2506-27

Ihre Anzeige in der blz  
 Tel: 030-21 99 93 46  
 Fax: 030-21 99 93 49

## GRENZENLOSREISEN

Busse für jede Gelegenheit  
 Stadtrundfahrten  
 Gruppenreisen  
 Klassenfahrten  
 Firmenservice  
 Transfers



**Grenzenlos Reisen**

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin  
 Fon: 0 30-43 00 48 0  
 Fax: 0 30-43 00 48 79

**propolis BAUGESELLSCHAFT MBH**

**ZIMMEREI**  
 Holzbau • Wintergärten  
 Fachwerkrekonstruktionen

**MAUREREI**  
 Neubau • Umbau • Sanierung  
 Reparaturen • Betonbau

**INNENAUSBAU**  
 Trockenbau • Einrichtungen  
 Badeinbau • Dachausbauten

**PLANUNGSBÜRO**  
 Planung • Statik • Bauleitung  
 Bauphysik • Baubiologie

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin  
 Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

**MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE**

von 8 – 74 Sitzplätzen mit  
 Aircondition, Video, Küche, WC,  
 Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger  
 Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung,  
 geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit  
 zertifiziertem Sicherheitstraining.

**PRIMA KLIMA REISEN**  
 www.primaklima.de  
 Tel. 030-68 40 98-40 • Fax -20  
 pkr-bus@bln.de

**BUTTON MASCHINEN**  
**VERLEIH • VERKAUF • PRODUKTION**

**Buttons entwerfen per Mausclick!**  
 Anleitung herunterladen, Button selbst gestalten, gewünschte Auflage drucken, Buttonmaschine ausleihen und los gehts... Ideal für Schulfeste, den Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.  
 Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!

**www.graph-druckula.de**

**Graph Druckula GmbH**  
 Gneisenaustraße 2a  
 10961 Berlin Kreuzberg  
 Fon (030) 694 016 20  
 Fax (030) 694 016 25

12. APR	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss	Raum 33
16. APR	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
17. APR	15.30 Uhr	AG Lehrerarbeitszeit	Raum 34
	18.00 Uhr	AG Päd. Unterrichtshilfen	Raum 33
18. APR	18.30 Uhr	AG Lehrbeauftragte	Raum 34
19. APR	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 32
	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 33
	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 34
23. APR	18.00 Uhr	Sozpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung	Raum 34
24. APR	18.00 Uhr	AG LehrerInnenausbildung	Raum 34
	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 32
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 47
25. APR	10.00 Uhr	Senioren-ausschuss	Raum 34
	13.00 Uhr	Renten-AG	Raum 34
26. APR	18.00 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 33
30. APR	15.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 34
07. MAI	18.00 Uhr	FG Sonderpädagogik (Integration i. d. Sek I)	Raum 47
	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
08. MAI	17.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 47
	19.00 Uhr	LA Multikulturelle Angelegenheiten	Raum 34
14. MAI	18.00 Uhr	Sozpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung	Raum 34
22. MAI	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 47
24. MAI	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 31
	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.00 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 33
	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 47
29. MAI	19.30 Uhr	FG Hauptschulen	Raum 31
	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 33

### SCHULQUALITÄT UND SCHULSTRUKTUR - WELCHER WEG FÜR BERLIN?

Podiumsdiskussion mit Senator Prof. Dr. Zöllner, Prof. Dr. Tenorth und Dr. Dieter Wunder, im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, Raum 376. Veranstaltet von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Dienstag, 17. April 2007, 19 bis 21 Uhr**

### INFO-VERANSTALTUNG FÜR BEWERBER/INNEN ZUM REFERENDARIAT AUGUST 2007

Aktuelle Einstellungssituation ins Referendariat / Auswahlverfahren/ Wie läuft das Referendariat ab?/ Tipps zum Geld, zur Krankenversicherung, zu Nebenjobs...

**Mittwoch, 25. April 2007 um 16 Uhr**

Das Referendariat im Internet: [www.gew-berlin.de/referendariat](http://www.gew-berlin.de/referendariat). Werdet aktiv in der Jungen GEW Berlin! Termine und mehr unter [www.gew-berlin.de/junge-gew.htm](http://www.gew-berlin.de/junge-gew.htm)

### „GEMEINSCHAFTSSCHULE BERLIN - EINE SCHULE FÜR ALLE“

Impulse für den Umgang mit Heterogenität in der Praxis  
Vorträge - Arbeitsgruppen - Podiumsdiskussion

**Freitag, 15. Juni 2007 von 9 bis 16 Uhr**

Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin-Tiergarten. Tagungsprogramme sind erhältlich in der Geschäftsstelle. Nähere Infos unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

### VERANSTALTUNGEN DER SENIORINNEN

**19. April:** Besuch Haus der Wannseekonferenz. 10 Uhr, S-Bhf Wannsee.

**20. April:** Besuch des Technikmuseums. 10 Uhr am Eingang.

**26. April:** Besuch des Gründerzeit-Museums Mahlsdorf, Hultschiner Damm 333. 10 Uhr.

**10. Mai:** Beratung der Polizei: Wie schützt man sich im Alter? Um 10 Uhr in der Torstraße.

**15. Mai:** Besuch des Albert-Einstein-Hauses in Caputh. Um 10 Uhr am Hbf Potsdam.

**18. Mai:** Besuch der Bio-Bäckerei „Märkisches Landbrot“. Um 9.40 Uhr am S-Bhf Köllnische Heide.

### BILD DES MONATS

CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT-BERLIN

